

Buchbinder-Zeitung

Ersteinst Sonntag.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeb. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierzeiliger Zeile 60 Pf.
für Verbandsmitglieder 40 Pf.;
Ehrenmitglieder 40 Pf.; Berath-
ungsmitglieder 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 16.

Berlin, den 13. April 1913.

29. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betreffend Wahl der Delegierten zum Verbandstag.

Die Wahl der Delegierten hat in allen Zahlstellen am Sonn-
abend, den 17. Mai, stattzufinden. Ob die Wahl in zu diesem
Zweck einzuberufenden Wahlversammlungen oder durch Urwahl vor-
genommen werden soll, bleibt den Zahlstellen überlassen. Auf alle Fälle
ist die Wahl durch Stimmzettel vorzunehmen und sind dabei die im Wahl-
reglement enthaltenen Bestimmungen zu beachten. Das Wahlreglement
ist im Anhang zum Statut abgedruckt.

Gemäß den Bestimmungen im § 64 des Verbandstatuts haben
300 Mitglieder das Recht, einen Delegierten zu wählen. Auf jeden Gau
soll mindestens ein Delegierter entfallen, auch wenn er nicht 300 Mit-
glieder zählt. Sind mehr wie 1200 Mitglieder in einer Zahlstelle ver-
einigt, so ist für die überschüssigen Mitglieder auf je 500 Mitglieder
ein Delegierter zu wählen. Die Zahl der Mitglieder ist vom Verbands-
vorstand aus den gezahlten Beiträgen des dem Verbandstag voran-
gehenden Quartals, geteilt durch 13, zu berechnen.

Da die Abrechnungen über das erste Quartal dieses Jahres noch
nicht vorliegen, ist die Berechnung allgemein nach dem im vierten
Quartal 1912 geleisteten Beiträgen erfolgt. Danach zählte der Verband
31413 vollzahlende Mitglieder. Infolge der im § 61 des
Statuts vorgegebenen Ausnahmen entfallen auf die kleinen Gaue,
nämlich Gau 2, 3 und 14, mit 373 Mitgliedern 3 Delegierte, auf die
großen Zahlstellen mit mehr wie 1200 Mitgliedern, nämlich Berlin,
Dresden, Hamburg, Leipzig, München und Stuttgart, mit 19350 Mit-
gliedern 48 Delegierte und auf die übrigen Zahlstellen mit 11720 Mit-
gliedern 40 Delegierte, so daß insgesamt 91 Delegierte zu wählen sind.

Die Einteilung der Wahlbezirke haben wir unter möglichster Verück-
sichtigung der geographischen Lage und der Zusammengehörigkeit in den
einzelnen Gaue in nachstehender Weise vorgenommen. Bei jedem
Bezirk ist die Zahl der zu wählenden Delegierten angegeben. Die Vor-
orte sind an die Spitze des jeweiligen Wahlbezirks gesetzt und mit einem *
bezeichnet.

- | | | |
|---|--|--|
| <p>1. Bezirk:
19 Delegierte.
*Berlin</p> <p>2. Bezirk:
1 Delegierter.
*Ludewalde
Brandenburg
Wittenberg</p> <p>3. Bezirk:
1 Delegierter.
*Mahrenow
Potsdam-Rohwalde
Gau 1, Einzelmitgl.</p> <p>4. Bezirk:
1 Delegierter.
*Stollbus
Dromberg
Frankfurt a. D.
Glogau
Grlitz
Kattowitz
Posen
Gau 4, Einzelmitgl.</p> <p>5. Bezirk:
1 Delegierter.
*Breslau</p> <p>6. Bezirk:
1 Delegierter.
*Brieg</p> | <p>7. Bezirk:
1 Delegierter.
*Königsberg i. Pr.
Elbitz
Gau 2, Einzelmitgl.</p> <p>8. Bezirk:
1 Delegierter.
*Stettin
Gau 3, Einzelmitgl.</p> <p>9. Bezirk:
1 Delegierter.
*Gau 5, Einzelmitgl.
(Wahlleiter — Gau-
vorstand)
Mehrsleben
Halberstadt</p> <p>10. Bezirk:
1 Delegierter.
*Magdeburg</p> <p>11. Bezirk:
1 Delegierter.
*Lübeck
Hensburg
Miel
Hofort
Schwerin
Gau 6/7, Einzelmitgl.</p> | <p>12. Bezirk:
4 Delegierte.
*Hamburg-Altona</p> <p>13. Bezirk:
1 Delegierter.
*Bremen
Bremehaven
Edenburg
Rüstringen-Wilhelmsh.</p> <p>14. Bezirk:
1 Delegierter.
*Bielefeld
Braunschweig
Detmold
Herford
Hildesheim
Minden</p> <p>15. Bezirk:
3 Delegierte.
*Hannover
Gau 8, Einzelmitgl.</p> <p>16. Bezirk:
1 Delegierter.
*Halle a. S.
Dessau
Dietfeld
Weißenfels</p> |
|---|--|--|

- | | | |
|--|--|--|
| <p>17. Bezirk:
1 Delegierter.
*Eisenberg</p> <p>18. Bezirk:
1 Delegierter.
*Göhring
Altenburg
Apolda
Gera
Jena
Sonneberg
Weimar
Zeitz</p> <p>19. Bezirk:
1 Delegierter.
*Erfurt
Arnstadt
Eisenach
Gotha
Langensalza
Mudolstadt
Muhlha
Saalfeld
Gau 9, Einzelmitgl.</p> <p>20. Bezirk:
1 Delegierter.
*Ganau
Bonn
Gießen-Weclar
Kassel
Koblenz
Neuwied</p> <p>21. Bezirk:
1 Delegierter.
*Barmen-Elberfeld
Langerfeld-Schwelm
Lübberscheid
Remscheid</p> <p>22. Bezirk:
1 Delegierter.
*Dortmund
Bochum
Duisburg-Muhrort
Essen
Gelsenkirchen
Hagen
Herforn
Mühlheim-Oberhausen
M. Gladbach
Gau 10, Einzelmitgl.</p> <p>23. Bezirk:
1 Delegierter.
*Düsseldorf
Köln</p> | <p>24. Bezirk:
1 Delegierter.
*Krefeld
Aachen
Düren
Solingen-Wald
Stolberg i. Rhld.</p> <p>25. Bezirk:
2 Delegierte.
*Frankfurt-Offen-
bach
Darmstadt
Mainz
Wiesbaden
Gau 11, Einzelmitgl.</p> <p>26. Bezirk:
1 Delegierter.
*Mannheim-Lud-
wigsbafen
Heidelberg
Kaiserslautern
Mandel
Gau 13, Einzelmitgl.</p> <p>27. Bezirk:
11 Delegierte.
*Leipzig</p> <p>28. Bezirk:
6 Delegierte.
*Dresden</p> <p>29. Bezirk:
1 Delegierter.
*Chemnitz</p> <p>30. Bezirk:
1 Delegierter.
*Gau 12, Einzelmitgl.
(Wahlleiter — Gau-
vorstand)
Weißer</p> <p>31. Bezirk:
1 Delegierter.
*Annaberg-Ru-
holz
Oberweienthal</p> <p>32. Bezirk:
1 Delegierter.
*Plauen i. V.
Rallenstein i. V.
Schleiz</p> <p>33. Bezirk:
1 Delegierter.
*Burgen
Grimma</p> | <p>34. Bezirk:
1 Delegierter.
*Limbach
Burgstädt
Ebersbach-Neugersdorf
Hartmannsdorf
Sebnitz
Zittau
Zwickau</p> <p>35. Bezirk:
1 Delegierter.
*Straßburg i. Elz.
Mühlhausen i. Elz.</p> <p>36. Bezirk:
4 Delegierte.
*Stuttgart</p> <p>37. Bezirk:
1 Delegierter.
*Heilbronn
Göppingen
Reutlingen</p> <p>38. Bezirk:
1 Delegierter.
*Lahr i. B.
Konstanz</p> <p>39. Bezirk:
1 Delegierter.
*Pforzheim</p> <p>40. Bezirk:
1 Delegierter.
*Karlsruhe
Freiburg i. Br.
Saarbrücken
Trier
Gau 14/15, Einzelmitgl.</p> <p>41. Bezirk:
3 Delegierte.
*Münsterberg-Fürth</p> <p>42. Bezirk:
1 Delegierter.
*Erlangen
Schweinfurt
Würzburg
Gau 16, Einzelmitgl.</p> <p>43. Bezirk:
4 Delegierte.
*München</p> <p>44. Bezirk:
1 Delegierter.
*Augsburg
Kaufbeuren
Regensburg
Gau 17, Einzelmitgl.</p> |
|--|--|--|

Die Mitglieder der einzelnen Bezirke haben nun in geeigneter Weise
Vorschläge für den oder die zu entsendenden Delegierten zu machen
und diese Vorschläge bis spätestens Sonnabend, den
10. Mai, an den Bevollmächtigten des Vorortes gelangen zu lassen.
Unabhängig von den aus den Versammlungen der Zahlstellen hervor-
gehenden offiziellen Wahlvorschlägen steht auch jedem einzelnen Mit-
gliede das Recht zu, bis zum oben angegebenen Termin Vorschläge zu
machen.

Die Bevollmächtigten der Vororte haben die ihnen unterbreiteten Vorschläge am Sonntag, den 11. Mai, zusammenzustellen und noch am gleichen Tage an die Bevollmächtigten der Zahlstellen und Gauen weiterzugeben. Diese sind gehalten, sie sofort nach Empfang der Wahlvorschläge den Mitgliedern in geeigneter Weise zur Kenntnis zu bringen und dabei zugleich anzugeben, in welchem Lokal bzw. in welchen Lokalen die Wahlhandlung selbst vollzogen wird.

Die Wahl der Delegierten erfolgt am Sonnabend, den 17. Mai, in den von den Ortsverwaltungen hierfür bestimmten Lokalen und kann nur von den dort persönlich erschienenen Mitgliedern ausgeübt werden.

Die Einzelmitglieder der Gauen haben ihre Stimmzettel in einem mit dem Worte „Wahl“ versehenen geschlossenen Kuvert spätestens bis zum 17. Mai an den Gauenbevollmächtigten einzuliefern, an den sie ihre Beiträge entrichten. Derselbe ist verpflichtet, diese geschlossenen Kuverts noch am Tage der Wahl an die Wahlkommission zu übergeben bzw. an den Bevollmächtigten des Bezirksvorortes abzugeben.

In den Zahlstellen sind die Revisoren der Wahl von den nach Ziffer 9, a des Wahlreglements ernannten Wahlkommissionen sofort nach beendeter Wahlhandlung, spätestens aber am Sonntag, den 18. Mai, vormittags, zusammenzustellen. Das Wahlergebnis ist unter Beifügung der abgegebenen Stimmzettel sofort dem Bevollmächtigten des Vorortes zu übermitteln oder an diesen abzugeben.

Der Bevollmächtigte des Bezirksvorortes hat die eingegangenen Wahlergebnisse sofort zusammenzustellen und das Ergebnis bis spätestens Mittwoch, den 21. Mai, mit der Unterschrift von min-

destens zwei Kontrollreuren versehen, an den Vorstand einzuliefern. Die Stimmzettel sind am Vorort sorgfältig aufzubewahren. Als Kontrollreure sind die örtlichen Revisoren zu bestimmen.

Dort, wo der Gauvorstand als Wahlleiter bestimmt ist, ist dieser durch Mitglieder der örtlichen Verwaltung auf die für die Wahlkommission vorgesehene Zahl von fünf Mitgliedern zu ergänzen.

Für die korrekte Durchführung der Wahlen sind die örtlichen Bevollmächtigten, die Gauenbevollmächtigten und die ernannten Wahlkommissionen verantwortlich; für die Richtigkeit des uns zu übermittelnden Wahlergebnisses sind die Kontrollreure verantwortlich.

Sofern der örtliche Bevollmächtigte, der Gauenbevollmächtigte oder einer der Revisoren als Kandidat zur Wahl steht, ist die denselben überwiesene Tätigkeit bei der Wahlhandlung einem Stellvertreter zu übertragen.

Um als gewählt zu gelten, ist absolute Stimmenmehrheit erforderlich.

Etwaige sich notwendig machende Stichwahlen sind von dem Bevollmächtigten des Vorortes sofort nach Feststellung des Wahlergebnisses mit möglichst kurzem Termin anzuordnen. Dem Unterzeichneten ist über die getroffenen Anordnungen Bericht zu erstatten.

Etwaige Einsprüche gegen die Wahl sind dem Vorstand bis spätestens Sonnabend, den 24. Mai, zu übermitteln.

Zu übrigen verweisen wir nochmals auf das jedem Statut auf Seite 45-47 angefügte Wahlreglement, dessen genaue Beachtung Pflicht aller Beteiligten ist.

Der Vorstand.

Zum Verbandstag.

Beitragsleistung und Unterhaltungen.

In dem dieses Thema einleitenden Artikel in Nr. 9 der „Buchbinder-Zeitung“ brachten wir einige kurze Tabellen über das Wirken unserer Beitragsleistung und der Unterhaltungen auf unsere Verbandskasse in dem Sinne der Ansammlung eines guten Stammfonds. Dort konnten wir uns nur auf das Ergebnis von 1911 berufen, weil die Endzahlen von 1912 noch nicht vorliegen. Heute nun stehen uns auch diese Zahlen zur Verfügung und sie bestätigen uns das schon in Nr. 9 und 10 Gesagte vollumfänglich. Sie zeigen, daß im Jahre 1912 von jedem Beitrag ausgegeben wurde für:

Beitragsklasse	Unterstützungszahlstellen	Beitragsleistung	Beitragsleistung	Beitragsleistung	Beitragsleistung	Beitragsleistung	Beitragsleistung	Beitragsleistung	Beitragsleistung	Beitragsleistung	Beitragsleistung	Der Verbandskasse	
												Beitragsleistung	Beitragsleistung
weiblich	1.	12,99	8	0,76	2,25	3,80	2,38	24,88	20	4,88			
	2.	21,24	4	0,76	2,25	3,80	2,38	34,43	35	0,57			
männlich	1.	12,05	8	0,76	2,25	3,80	2,38	24,24	20	4,24			
	2.	14,99	4	0,76	2,25	3,80	2,38	28,12	35	6,88			
	3.	13,60	7	0,76	2,25	3,80	2,38	20,79	50	20,21			
	4.	30,04	9	0,76	2,25	3,80	2,38	48,23	65	16,77			

Diese Aufstellung nachzuprüfen ist jedem Mitgliede möglich. Das sagen wir ausdrücklich deshalb, weil ein Referent auf einem der jetzt abgeschlossenen Gantage die Richtigkeit derselben anzuzweifeln für gut fand. Sie zeigt, daß im Vorjahr das finanzielle Ergebnis noch schlechter war als 1911, denn die erste Beitragsklasse begnügte sich nicht mehr mit einem Zuschuß von ¼ Pf. pro Beitrag, sie erforderte im Vorjahr fast 5 Pf. Zuschuß. Diese Tatsache zeigt, daß wir mit der steigenden Zahl weiblicher Mitglieder auch mit dem aufgezeigten Mißverhältnis zwischen Beitragsleistung und Unterhaltungen ständig zu rechnen haben werden.

Wie immer, so ist auch diesmal Agitation und Beitragserrhöhung das Thema, welches im Vordergrund der Diskussion steht. So erfreulich auch die Zunahme von 2673 Mitgliedern im Jahre 1912 ist, so kann sie doch keineswegs befriedigen, wenn wir bedenken, daß wir noch zwei Drittel unserer Berufsangehörigen zu organisieren haben. Schon seither ist immer wieder versucht worden, durch Werkstätten- und Hausagitation oder durch Verteilung von Flugblättern usw. in den verschiedensten Zahlstellen dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Wir wissen aber alle, daß es auf diese Weise nur langsam vorwärts geht. Weit wahrscheinlicher wäre schon die Zuführung von neuen Mitgliedern, wenn sich möglichst alle Verbandsangehörigen an der Agitation beteiligen. Aus dem Grunde möchte ich einem sogenannten *Prämien* in dem Wort reden. Das heißt, jeder Kollege oder Kollegin, welche dem Verbands ein neues Mitglied zuführt, erhält eine Anweisung über 1 Mk. bis 1,50 Mk. Diese wird dann ausgezahlt, wenn das neuangewonnene Mitglied ein Jahr lang seine Beiträge entrichtet hat. Dies wäre gleichzeitig auch ein Mittel, die Fluktuation abzuwenden, würden doch immer wieder die Mitglieder auf die säumigen Zahler einwirken, um sich in den Genuß der Prämie zu setzen.

Auf der anderen Seite sollte man es an einer theoretischen Durchbildung unserer Mitglieder nicht fehlen lassen. So schön wie es auch ist, mit einer großen Zahl von Mitgliedern paradiesieren zu können, ist doch insbesondere die Aufklärung unter unseren weiblichen Mitgliedern notwendig, um sie zu überzeugen und bewußten Kämpfern zu erziehen. Viele unserer Kolleginnen sehen es nur als Durchgangsstation an, daß sie auf Arbeit gehen müssen. Erst später, wenn sie sich mal damit abgefunden haben, bis an ihr Lebensende als Fabrikarbeiterin zu frönen, schließen sie sich der Organisation enger an.

Fragen wir uns nun, wie wir am besten unsere weiblichen Mitglieder aufklären, so heißt gewiß das Schlagwort: durch die Versammlung. Die Erfahrung lehrt uns jedoch, daß ein großer Teil der Arbeiterinnen sich in unseren Versammlungen, welche sich ja alle mehr oder weniger mit verwaltungstechnischen Fragen beschäftigen, überhaupt nicht sehen läßt. Ich möchte deshalb den Vorschlag machen, in Zeiträumen

von 6-8 Wochen Versammlungen nur für die Kolleginnen einzuführen, welche mehr den Charakter eines Unterhaltungsabends haben müßten. Musikalische und Gesangsvorträge, Deklamationen usw. könnten als Hilfsmittel dienen, die weiblichen Mitglieder diesen Versammlungen anzuführen, eventuell auch durch Einführung unorganisirter dieselben zum Beitritt in die Organisation anzuregen. Desgleichen könnten sich unsere jugendlichen Mitglieder daran beteiligen. Die Vortragsträger müßten möglichst aus Mitgliederkreisen gewonnen werden, welche sich für ein kleines Entgelt in den Dienst der Sache stellen werden. Auf keinen Fall aber darf in den Versammlungen ein Vortrag fehlen, um die Mitglieder mit dem Wesen der Organisation und den wirtschaftlichen Verhältnissen vertraut zu machen. Sollen sie doch dazu dienen, die Kolleginnen und jugendlichen Mitglieder aus dem Wirken ihrer bürgerlichen Anschauungs- und Denkweise herauszureißen, um die proletarische an deren Stelle zu setzen.

Neben der Agitation ist die Stagnation unserer Verbandskasse ein Uebel, weil es damit nicht vorwärts gehen will. Die Anforderungen an dieselbe sind derartig gewachsen, daß eine Stärkung unbedingt notwendig ist. Es sind zwar nur die erste und zweite Beitragsklasse, welche unsere Verbandskasse übermäßig belasten, doch dürfte eine

Erhöhung der Beiträge für alle Klassen um 5 Pf. angebracht sein bei der Beibehaltung der jetzigen Leistungen. Wollte man nur die ersten zwei Klassen, welche sich doch in der Hauptsache nur aus weiblichen Mitgliedern zusammensetzen, mit 5 Pf. Beitragsleistung belasten, würden es diese als eine große Ungerechtigkeit empfinden. Denn sie sind es doch, die am wenigsten verdienen. Und ihnen begründlich zu machen, daß sie nichts zur Stärkung der Verbandskasse beitragen, ja daß sogar, wie bei der ersten Beitragsklasse, die Verbandskasse noch drauflegen muß, dürfte wohl in den meisten Fällen eine vergebliche Mühe sein. Aus taktischen Gründen empfiehlt es sich auch nicht, die Mitglieder je nach Verdienst in eine bestimmte Beitragsklasse zu zwingen. Viele sehen darin eine ungebührliche Schmeichelei, wenn sich der Verband um die Höhe ihres Verdienstes kümmert. Das läßt sich bei allen statistischen Mitteilungen beobachten, wo aus der Reihenzahl der Mitglieder überhaupt nichts aus diesem Grunde herauszuholen ist.

Seit dem Inkrafttreten der Invalidenversicherung liegen zwar noch keine genügenden Unterlagen vor, welche auf die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beiträge schließen lassen, doch läßt sich ohne weiteres voraussetzen, daß mit dem jetzigen Betrage von 15 Pf. pro Woche nicht auszukommen ist. Es wäre daher eine ganz gute vorbeugende Maßregel, würden die dritte und vierte Beitragsklasse auch mit je 5 Pf. Beitragsleistung belastet und die Erhöhung der vierten Beitragsklasse dem Invalidenfonds zugeführt. Die Verbandskasse hätte dadurch eine Mehreinnahme von 50 000 Mk., sowie die Invalidenklasse eine solche von 25 000 Mk. pro Jahr. Soffentlich genügend, um das Thema von der Beitragserrhöhung auf geraume Zeit verschwinden zu lassen.

Reipzig. Karl Schulze.

Beitragsklasse	Im Jahre 1911 wurden ausgegeben für Unterhaltungen an								Unterhaltungen		Zusammen	in Proz.	Zusammen
	Stehende	Gewerbliche	Arbeitslose	Arante	Un- sichende	Sinter- ebene	Rechts- stuf- sachende	Extra- unter- haltung	zusammen	in Proz.			
weiblich	1.	29 044	982	7 199	16 289	—	—	217	90	46 712	63,4	12,69	
	2.	7 896	2 495	35 538	25 146	45	—	214	—	70 795	60,7	21,24	
männlich	1.	554	12	192	100	—	—	—	—	898	60,2	12,05	
	2.	2 196	132	1 130	460	—	—	—	—	3 821	42,6	14,93	
	3.	9 511	1 954	12 880	7 498	525	508	89	255	32 683	27,2	13,60	
	4.	11 951	7 195	86 845	38 983	2 965	2 924	1 015	886	150 666	48,2	30,04	
Zusammen*)	53 627	12 729	143 915	86 487	8 435	3 432	1 486	1 171	305 679	47,2	—		

*) Durch das Weglassen der Beamten differieren die Endzahlen je um 2-3 Mk.

Ohne die Notwendigkeit erneuter und noch intensiver Agitation zu verneinen, möchte ich doch nachweisen, daß ein gut Teil Zeit, Kraft und Arbeit gespart werden könnte, wenn die Mitglieder nach der Aufnahme sofort alles darauf setzen, um den Keimling mit den Einrichtungen, dem Zweck und der Notwendigkeit des Verbandes vertraut zu machen, den Mitläufer zum bewußten überzeugten Kämpfer heranzubilden würden. Dann würde auch die Fluktuation vermindert und die Kosten der Neuerung erspart. Heute ruht nach der Aufnahme meist jede weitere Bearbeitung und Beeinflussung im Sinne des Klassenkampfes. Die Folge davon ist die Flucht dieser Papierkrieger aus den kleinsten und kleinstlichen Anlässen. Neben den ebenfalls notwendigen sachgewerblichen Kurzen müssen solche einhergehen, die die gewerkschaftliche Theorie und Praxis behandeln. Auch die Statutenkenntnis ist minimal, und weiter notwendig die jugendgemäße Erklärung unserer Unternehmenseinrichtungen. Speziell die Auffklärungsarbeit unter den jugendlichen Kolleginnen ist bei der Mechanisierung und Teilung der Arbeit in immer einfachere Handarbeitsarten, wie in unserer Großindustrie in früher unbekannter Weise klar geworden, notwendig, wenn wir nicht erleben wollen, wie dieselben bei den immer schärferen wirtschaftlichen Kämpfen verständnislos beiseite stehen oder gar aus Unkenntnis ihrer Klassenlage zum Verräter an ihren eigenen Arbeitsbrüdern und -schwestern werden.

Die Notwendigkeit einer Stärkung der Hauptkassette wird jedem einleuchten, welcher die Kämpfe der Gegenwart verfolgt, die immer langwieriger, erbitterter und doch durch die Teuerung unabweisbarer werden. Doch ein Weg zur Befreiung der Finanzen ist ungangbar, und zwar die zwangsweise Einreichung in bestimmte Vertragsklassen. Zum Beweis dessen einige Zahlen: In Leipzig steuern zurzeit 1335 Kolleginnen in die erste Klasse; die vorgeschlagene Erhöhung um 5 Pf. und der Zwang, in die zweite Klasse zu treten, würde eine Steigerung des Beitragtrages um 20 Pf. bedeuten. Daß diese Erhöhung, noch dazu ohne Gegenleistung, nicht möglich ist, wird jedem einleuchten, vor allem denen, die mit den Leipziger Verhältnissen vertraut sind. Stehen doch Wochen mit gutem Verdienst Wochen, ja Monate gegenüber, an denen ständig verkürzt gearbeitet wird und auch tüchtige Kolleginnen selten über 10 Mt. verdienen. In solcher Zeit ist es den Vertrauensleuten schwer, den jetzigen Beitrag einzutreiben, geschweige einen derart erhöhten. Nun wird ja darauf verwiesen, eine Erhöhung durch Abschichtung des Lokalbeitrages an die Verbandskasse zu umgehen. Doch auch dies ist schwierig, da ja die Lokalbeiträge meist Zweckzwecken dienen und auch die lokalen Aufgaben — und damit Ausgaben — immer größer werden. Ich erinnere an die Ausgaben für Bibliothek, Jugendorganisation, Kartell usw.

Daß auch die Beiträge der Kollegen bald an der Grenze des zu Erreichenden angelangt sind, muß ebenfalls einmal offen ausgesprochen werden; steuern doch die meisten Leipziger Kollegen jede Woche 3 Mt. und mehr für die Ortsklasse, Verband und die verschiedenen zentralen und lokalen Hilfsklassen. Ähnliche Verhältnisse bestehen in Berlin und anderen Orten. Selbstverständlich sind diese Ausführungen nicht Beweis für Mangel an Opferfreude, sondern meine Tätigkeit als langjähriger Vertrauensmann eines der größten Leipziger Betriebe zwingt mich, vor weiterer Belastung in der Zeit der Lebensmittelerhöhung zu warnen. Auch halte ich die Zeit, die dann aufgewendet werden muß, um den Mitgliedern die Notwendigkeit erhöhter Beiträge plausibel zu machen, nützlichender anwendbar bei Gewinnung der uns noch Fernstehenden. Also Ablehnung des Klassenzwanges und sehr sorgfältige Prüfung der Anträge auf Beitragserhöhung. Selbstverständlich ist mehr wie zuvor auf die Vorteile, die das Zahlen der Beiträge in den höchsten Klassen in bezug erhöhter Unterstützungen in sich birgt, nachdrücklich hinzuweisen.

Eine Besprechung der Einführung der freiwilligen

Invalidenversicherung für die Kolleginnen

ist notwendig, da eine ganze Anzahl Kolleginnen den Wunsch hegen, ebenfalls an dieser segensreichen Einrichtung zu partizipieren. Auch beweisen ja die harten Tatsachen, daß immer mehr verheiratete Kolleginnen gezwungen sind, durch Fabrikarbeit da und zum Unterhalt der Familie beizutragen. Diesen ebenfalls die Möglichkeit zu geben, sorgloser der Zeit entgegenzusehen, wo ihre Kräfte nachlassen oder den vielen, die an gefährlichen Maschinen stehen und zum Teil zum Krüppel werden, nach Wunsch die Beitragsgeldleistung zu ermöglichen und sich dadurch vor eventueller Not zu schützen, muß ebenfalls Aufgabe des Verbandstages sein.

Unter den Anträgen befinden sich auch solche auf neue Beamtenanstellungen. Hier ist es notwendig, mit dem Schmelztagstempo einzuhalten, da die Besetzung der Verbandskasse dadurch jetzt schon prozentual unterhältlichmäßig hoch ist. Daß manchmal Beamte ohne unbedingte Notwendigkeit hierzu verlangt werden, beweist Nürnberg, das auf die Beamten verzichtet, welche vom Verbandsorganist schon zugezählt war. Selbstverständlich kann eine derart große Organisation wie der Buchbinder-Verband mit seinem ausgedehnten Kassenwesen die Beamten nicht entbehren, wie auch die Führung von Korbkämpfen und die sorgfältige Vorbereitung derselben Hauptaufgabe der Beamten ist. Aber die Hauptsache, die Wertstufenagitation, ist Sache aller in Arbeit Stehenden. Wo diese versagen, da ist auch ein Beamter zwecklos.

Möge unser Verbandstag und seine Beschlüsse dazu beitragen, den Verband noch schneller vorwärts zu bringen, damit er immer mehr durch Regelung der Arbeitsverhältnisse in der Lage ist, menschenwürdige Zustände für die gesamte Buchbinderarbeiterschaft zu schaffen.

Leipzig. Julius Otto.

Die Umzugsunterstützung.

Wenn H. W. in Nr. 11 unserer Zeitung schreibt, daß die Unternehmenseinrichtungen unseres Verbandes auf vielen Gebieten mangelhaft sind, so kann man ihm ohne weiteres beipflichten, doch dieses schließt noch nicht aus, daß trotzdem einige Unternehmenseinrichtungen recht reformbedürftig sind. Da ist vor allem die Umzugsunterstützung, die dringend einer Reform bedarf, wenn nicht den Kollegen in den eng zusammenliegenden Jahrestellen unrecht getan werden soll. Ich erinnere nur an die Ruhrjahrestellen mit ihren vielen verheirateten Mitgliedern. Die meisten derselben haben seit fünf bis zehn Jahren ihre Beiträge entrichtet, ohne auch nur einen Pfennig Unterstüzung bezogen zu haben. Denn es ist den Kollegen bei eintretender Arbeitslosigkeit leicht möglich, in den Nachbarstädten Arbeit zu bekommen. Die Arbeitslosenunterstützung kommt daher fast gar nicht in Frage. Die einzige Unterstüzung, auf die noch zu rechnen wäre, ist die Umzugsunterstützung. Doch nach § 29b unseres Statuts kann auch diese Unterstüzung nicht in Anwendung kommen, da die gesamten Jahrestellen des Ruhrreviers keine 25 Kilometer voneinander entfernt sind. Da wäre es doch wirklich angebracht, daß der Verbandstag den dortigen Kollegen entgegenkommen gelte und die Kilometerzahl herabsetze. Von einer sehr hohen Mehrbelastung der Verbandskasse kann keine Rede sein, denn außer den Ruhrjahrestellen kommen wohl sehr wenig Orte in Frage und gerne giebt niemand um.

Wenn man bedenkt, daß es sich um alle, in den meisten Fällen um die Sache des Verbandes sehr verdiente Mitglieder handelt, kann wohl erwartet werden, daß der Verbandstag den berechtigten Wünschen der dortigen Kollegenschaft Verständnis entgegenbringt. Andererseits würden die Kollegen für solche Verständnislosigkeit selber kein Verständnis haben.

Bochum. J. Behl.

Zur Beitragsfrage und anderem.

„O heiliger Florian! verleihe meine Haus, zünd' andere an!“ Diesen frommen Spruch möchte man ausrufen, wenn man die jetzt vor dem Verbandstage stattfindende Diskussion verfolgt. Mit einer geradezu bewundernswürdigen Fertigkeit bemüht man sich in jeder Nummer unseres Organs, zu beweisen, wie unschuldsvoll die Kollegen an der schlechten finanziellen Lage unserer Organisation sind, und es wird auf den Kolleginnen — namentlich denen in der ersten Klasse — herumgeritten, als ob dieselben jetzt für die nächsten drei Jahre alles herausreißen müssen und wir dann natürlich in Gold schwimmen werden.

Ich gebe zu, daß die Finanzlage unseres Verbandes keine rosigte ist, aber dieselbe auf Kosten der ersten Vertragsklasse zu ändern, das halte ich für verfehlt. Es hieße ein Armutszugnis für uns Kollegen ausstellen, wenn wir nicht mehr Ueberzeugung für den Organisationsgedanken hätten, um ein Opfer in Form einer Beitragserhöhung ohne gleichzeitige Unterstüzungserhöhungen eintreten zu lassen. Ich nehme sicher nicht alle Kolleginnen in Schutz, denn es gibt so viele — namentlich in den drei Tarifstädten — welche moralisch verpflichtet wären, in der zweiten Klasse zu steuern und es doch nicht tun. Man braucht ja nur unsere Statistik zur Hand zu nehmen, und man wird ersehen, daß in diesen Städten der Durchschnittslohn beinahe gerade so hoch ist, wie in mancher Provinzialstadt bei den Kollegen, trotzdem steuern dieselben einen Beitrag von 60 bis 80 Pf. die Woche. Es wird Aufgabe des Verbandstages sein, dieser Willfür ein Ende zu bereiten. Namentlich für

die Städte, wo Tarifverträge bestehen, müßte es den Ortsverwaltungen ein leichtes sein, darauf zu achten, daß jeder nach seinem Verdienst Beiträge leistet. So wie es bei den Buch- und Steindruckereihilfsarbeitern durchzuführen war, so muß es auch bei uns geben. Andererseits muß man betonen, daß ein großer Teil unserer Kolleginnen in der Provinz eine Beitragserhöhung nicht ertragen kann, auch hierin möchte ich denjenigen, die eifrige Befürworter einer Erhöhung sind, empfehlen, unsere Berufsstatistik zur Hand zu nehmen und sich darin zu vertiefen. Da wird man noch überaus traurige Verhältnisse finden, Löhne von 4 Mt.! Der Durchschnitt stellt sich nie höher wie auf 7 bis 9 Mt. die Woche. Hier zugunsten, einen Beitrag (mit lokalem) von 30 Pf. zu leisten, ist entschieden zu viel. Nun, die Kollegen in der Provinz sind bereit, ein erneutes Opfer auf sich zu nehmen, ohne das ein Acquivalent — wie sich schon der Kollege G. W. in Nr. 13 ausdrückt — geboten wird, aber im Interesse ihrer armen ausgebeuteten Mitarbeiterinnen. Würde aber eine Erhöhung der ersten Klasse um 5 Pf. wirklich den Erfolg bringen, den man sich verspricht? Ich glaube nicht daran. Eine kleine Berechnung wird mir das bestätigen. Wir haben nach der letzten Abrechnung vom 4. Quartal circa 9000 Mitglieder, die in der ersten Klasse steuern. Das würde — wenn eine Erhöhung eintritt — bis zum nächsten Verbandstag ungefähr 60000 Mt. ausmachen. Sind wir denn schon so weit mit unserer Solidarität gekommen, daß wir nicht einmal ein derartig geringes Opfer aufzubringen vermögen, wo wir doch schon bei verschiedenen Anlegenheiten unseren Opfermut bewiesen haben? Ich erinnere nur an die große Aussperrung in unserem Gewerbe im Jahre 1906, an die Bauaussperrung 1910, an die Stuisarbeiteraussperrung 1911 und so weiter. Wenn der Kollege W.-E. in Nr. 13 meint, er glaube nicht daran, daß eine Mitgliederabwanderung käme, so will ich ihm das in bezug auf die Kollegenschaft glauben, aber bei den Kolleginnen — namentlich in der Provinz — scheint er nicht mit den Verhältnissen vertraut zu sein. Jetzt, wo wir anfangen, in den rückständigsten Gegenden Erfolge zu erzielen bei der Gewinnung von weiblichen Mitgliedern, soll uns nicht der Verbandstag Anspiegel zwischen die Beine werfen. Der Kollege W.-E. möge doch einmal bei betruenen Leuten anfragen, wie schwer es bei den jetzigen Beiträgen hält, unter den Arbeiterinnen zu agitieren. Die Bezirksleiter von Sachsen, Schlesien und Thüringen können ein Lied davon singen. Ich arbeite meistens in kleineren Provinzorten und wenn ich unter Arbeiterinnen agitiere, bekomme ich meistens zur Antwort, daß man bei derartig niedrigem Verdienst nicht noch einen Beitrag leisten könnte. Wenn ich eine Erhöhung der Beiträge für die Kollegen befürworte, so tue ich es auch noch zu einem anderen Zweck, denn es ist erfreulich, daß diesmal die Frage eines

graphischen Industrieverbandes

mehr Raum in Anspruch nimmt wie sonst. Selbst bei den größten Gegnern in dieser Frage, wie bei den Buchdruckern, fängt man schon an, sich damit zu befassen, wie die vorliegende Nummer der „Buchbinderzeitung“ berichtet. Wenn es auch nur einige unbedeutende Ortsgruppen getan haben, so ist es doch ein Anfang und die Generalversammlung der Buchdrucker wird gezwungen, Stellung zu nehmen durch Anträge, die aus ihren eigenen Reihen herorgegangen sind und nicht, wie es bis jetzt üblich war, daß die Anregung von unseren Vertretern gemacht werden mußte. Aber wenn man glaubt, daß die Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter den Anstoß geben, daß das Problem eines graphischen Industrieverbandes nicht vom Flecke kommt, so befindet man sich in großen Irrtum. Lediglich die Beitragsfrage hält die Buchdrucker davon ab, der Sache näherzutreten. Haben wir erst gelernt, ohne Murren höhere Beiträge zu zahlen, dann hat man auch damit die Frage eines graphischen Industrieverbandes gefördert. Aber man soll nicht gleich mit neuen Unternehmungen kommen, denn daran haben wir schon bei unseren niedrigen Beiträgen von 50 und 80 Pf. genug, selbst Buchdrucker wunderten sich, wie wir trotz unserer Kämpfe derartiges leisten können. Damit will ich auch die naive Frage des Kollegen W.-E. in Nr. 13 beantworten, wie hoch denn die Beiträge der Kollegen sein müßten. Ja, werter Kollege W.-E., die können gar nicht hoch genug sein! Nur dann werden wir auf friedlichem Wege Kämpfe durchzuführen können, wenn wir dem Unternehmertum zeigen können, daß wir gefüllte Kassen haben, daß wir als organisierte Arbeiter bereit sind, Opfer zu bringen. Was hat denn dieses Jahr die Holzarbeiter, Bauarbeiter vor einer großen Aussperrung bemerkt? Doch nur die starke opferfreudige Klasse, die hinter den Führern gestanden hat. Aber das wägt man nicht, wie Kollege W.-E. meint, auf schwache Schultern, sondern wir Kollegen können doch über 10 Pf. ertragen. Im übrigen widerspricht sich

Kollege M-G. in seinen Ausführungen selbst, wenn er meint, daß die 1. und 2. Klasse sich mindestens selbst erhalten müßte. Das nun beide nach seiner eigenen Berechnung schon; denn wenn die 1. Klasse 1/4 Pf. Zuschuß erfordert und die 2. einen Ueberfluß von 3 Pf. bringt, so haben wir immer noch einen halben Pfennig Profit, wenn ich im geschäftsmäßigen Ton sprechen soll. Also, lassen wir die weiblichen Mitglieder dieses Mal ungehört, verlegen wir uns darauf, die nächsten drei Jahre die Gewonnenen zu festigen, die Indifferenten zu überzeugen, und wir hoffen, die wir uns die hohe Aufgabe gestellt haben, auch die Mitarbeiterinnen und ungelernten Arbeiter auf eine sozial höhere Stufe zu bringen, müssen nun einmal auch dieses Opfer bringen.

Ein anderer Punkt, den ich bis jetzt in den Diskussionen vermisst habe, das ist die Verschmelzung der Zentralkrankenkasse mit dem Verband. Diese Frage hat uns ja schon einmal lebhaft beschäftigt, sie ist aber dann fast eingeschlafen. Es ist nach meiner Ansicht eine dringende Notwendigkeit, daß sich der Verbandstag mit dieser Frage beschäftigt und eventuell den Vorstand der Zentralkrankenkasse einlädt, einen Delegierten zu entsenden, um vielleicht nach einem Referat hierüber eine allgemeine Aussprache herbeizuführen.

Ein weiterer Vorschlag, den ich den Kollegen, die noch vor dem Verbandstage das Wort erheben, mit anempfehle — wäre, die Reiseunterstützung von der Arbeitslosenunterstützung zu trennen. Ich spreche da aus eigener Erfahrung, die ich auf der Reise gesammelt habe. Es wird hier jeder einzelne rechtgeben, daß das jegliche System ein unhaltbares ist. Ich möchte da empfehlen, einen einheitlichen Satz für die Reiseunterstützung festzulegen, vielleicht Einrichtungen zu treffen wie bei den Buchdruckern oder wie bei unseren Bruderorganisationen in Oesterreich-Ungarn usw. Dann müßte selbstverständlich auch die Bestimmung im Statut aufgenommen werden, daß nur derjenige Kollege Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat, der an dem betreffenden Orte vorher gearbeitet hat. Die Großstädte hätten dadurch den Vorteil insofern, als der Zugang nicht in dem Maße stattfinden würde wie jetzt. A. N.

Bericht vom Gantag des Gaus 14/15.

Am Ostermontag traten die Delegierten vom Gau 14/15 in Heilbronn zum ordentlichen Gantag zusammen. Das Sitzungsfakel war von den Heilbronner Kollegen stimmungsvoll dekoriert worden. Der Arbeitergesangverein „Offnung“ begrüßte die Anwesenden mit einem gut vorgetragenen Freiheitschor. Hierauf dankte Gauleiter Schröter den Sängern für ihren Gruß und die Delegierten hieß er zur ernsten, fleißigen Arbeit willkommen. Anwesend waren: Schröter, Glänkin, Buchjäger (Gauvorkand); Schmidt-Freiburg; Andriew-Göppingen; Klein-Knecht, Glödel, Diem-Heilbronn; Haase, Benz-Karlsruhe; Schäfer-Konstanz; Weidinger, Steiner-Lahr; Mann, Rathfelder, Aegari, Nupp-Frozheim; Pfennig, Schäfer-Neutlingen; Dietter, Frau Müller-Strasbourg; Hemminger, Dürr, Lange, Drehwald, Benzling, Gögeler, Reichert, Junst-Stuttgart; Haag-Kalen; Kurze, Hagmaier-Geislingen; Schuler-Wühl i. B.; Gollmar-Soulgau; Alenzig-Hall (Sch.); Oehler-Cos i. B.; als Gast Goede-Mannheim. Zu Vorsitzenden wurde Dürr und Klein-Knecht, zu Schriftführern Drehwald und Benzling gewählt. Nachdem Klein-Knecht dem Gantag ein expirierendes Arbeiten und den Delegierten nach Schluß der Verhandlungen ein paar frohliche Stunden in Heilbronn gewünscht hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten. Sie lautet: 1. Geschäftsbericht: a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers. 2. Agitation und Tarifverträge im Bezirk Stuttgart und im Gau. Referenten: Hemminger und Schröter. 3. Unser Arbeitsnachweis. 4. Anträge. 5. Verschiedenes.

Zu Punkt 1 verwies Gauleiter Schröter auf den gedruckten Jahresbericht, aus dem er das Wesentlichste nochmals erläuterte. Der Gau 14 mit 28 Einzelmitgliedern und die Zahlstelle Strahburg wurden gleich zu Beginn der Tätigkeit des Gauleiters in den Gau 15 eingemeindet. Zusammen mit diesem waren am 1. Januar 1911 2631 Mitglieder in 12 Zahlstellen inkl. der Einzelmitglieder vorhanden. Am 31. Dezember 1912 betrug die Mitgliederzahl 2941. In dieser Zeit wurden nicht weniger als 1637 Neuaufnahmen gemacht, aber nur 310 Mitglieder konnten als Gewinn gebucht werden. Von 5186 Berufsangehörigen, die in 421 Betrieben stehen sollen, sind noch rund 5000 zu gewinnen. In der Berichtsperiode wurde die Zahlstelle Ehlingen mit Stuttgart verschmolzen, Mühlhausen i. G. wurde neu gegründet. Fortschritt im Stand ihrer Mitglieder machten die Zahlstellen Freiburg = 35, Karlsruhe = 27, Konstanz = 9, Lahr = 149, Stuttgart = 270, stagnieren oder zurückgegangen sind: Göppingen, Heilbronn, Frozheim und Neutlingen. Die Anforderungen, die an den Gauleiter von den Zahl-

stellen des Gaus gestellt werden, sind sehr hohe. Die unvorteilhafte Stationierung des Beamten als Gauleiter erschwert die Arbeit ebenfalls. Um die Kosten zu verringern, mußte in Stuttgart eine Agitationskommission für das östliche Württemberg gebildet werden. In 66 Versammlungen und Sitzungen sowie zu einer Reihe von Hausagitationen außerhalb seines Wohnortes wurde der Beamte zugezogen. Zwecks Regelung von Lohnbewegungen mußten mit Prinzipalen in Heilbronn, Neutlingen, Karlsruhe und Lahr verhandelt werden und wurde in allen Fällen eine friedliche Lösung erreicht. Außer in Stuttgart, wo jetzt mit dem im Dezember 1912 abgeschlossenen Kartonnagertarif 4 korporative und ein Einzelarbitr besteht, ist noch in folgenden Orten das Arbeitsverhältnis tariflich geregelt: Neutlingen, Heilbronn, Karlsruhe, Lahr (Schauenburg-Verlags-Anstalt), Frozheim (mit den Buchdruckereibesitzern), Freiburg, Konstanz und Strahburg. In Mühlhausen erreichten die Kollegen bei Dollfus, Meig u. Co. durch eine selbsteingeleitete Lohnbewegung eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 2 Mk. pro Woche. Die Tarife von Strahburg, Freiburg und Frozheim laufen in diesem Jahre ab. Nach dem Kassenbericht wurden 1911/12 3831,60 Mk. an die Hauptkasse eingekandt und 946 Mk. für Unterstützung aufgewendet.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Folgender Antrag des Gauvorkandes wurde einstimmig angenommen:

„Gleichzeitig mit der Absendung der Quartalsabrechnung an die Verbandskasse ist eine Abschrift der Bilanz an den Gauvorkand zu senden.“

Ueber: „Tarifverträge und Agitation im Bezirk Stuttgart“ referierte zunächst Hemminger. Trotz der Agitation schon viele Male gesprochen wurde, so treten durch die praktische Arbeit immer wieder neue Momente zutage. Von allen Arten der Agitation ist die Hausagitation immer noch die beste und allen anderen vorzuziehen. In Versammlungen mit einem geeigneten Referenten ist der größte Teil der Anwesenden schon organisiert und die wenigen Unorganisierten klarsichern wohl Beifall, aber das Schöne kann gewöhnlich nicht verarbeitet werden und der Erfolg ist dann ein minimaler. Mit der Arbeitstaktation ist durch das feste Zusammenarbeiten mehr zu erreichen. Sie hat aber den Nachteil, daß sie nicht so betrieben werden kann, wie man wünschte. Die Ausnützung durch die berufliche Tätigkeit nimmt alle Zeit in Anspruch, wobei noch in Betracht kommt, daß in einer nicht schon vorher gut organisierten Werkstätte dem betreffenden Agitator leicht Schwierigkeiten entstehen können. All dies kommt bei der Hausagitation in Betracht, wenn diese gut vorbereitet ist. Kurze Zeit vorher Flugchriften-Verteilung und dann genaue Angabe der persönlichen Verhältnisse des zu Besuchenden ist eine unbedingte Notwendigkeit, damit der Agitator Bescheid weiß, wie er sich zu verhalten hat. Denn mit Takt und persönlichen Kenntnissen ist schon halb gewonnen. Die vom Verbandsvorkand herausgegebenen Hausagitationskarten leisten hierbei gute Dienste. Natürlich bleiben auch hier Mißerfolge nicht aus, aber diese sind geringer wie bei jeder anderen Agitation und feste Arbeit und wiederholtes Vorprechen bei den zu Organisierten müssen Erfolge bringen. Dies hat die Zahlstelle Stuttgart durch ihr Vorgehen bewiesen. Allerdings stehen ihr auch ein Stab Kollegen zur Verfügung; das Vertrauensmännersystem mit seiner festen Instruktion, jeden Personenwechsel im Bureau anzuzeigen, haben dem Mitgliederabgang so ziemlich eine Grenze gesetzt.

Durch den Umstand, daß der Sitz des Gauleiters in Lahr ist, stößt eine Verarbeitung des östlichen Württembergs auf Schwierigkeiten, weshalb vom Verbandsvorkand der Zahlstelle Stuttgart der Auftrag wurde, die Agitation im östlichen Württemberg zu betreiben, zu welchem Zwecke eine dreigliedrige Agitationskommission eingesetzt ist. Daß hier noch viel zu arbeiten und zu holen ist, beweist die Einrichtung größerer Betriebe resp. Erweiterung der bestehenden in der Provinz. Diese Betriebe sind eine sehr beachtenswerte Konkurrenz gegen die der Stadt geworden, und im Interesse unserer eigenen Kollegen ist es gelegen, daß die Organisation mit ihren Bestrebungen dort sobald als möglich Fuß faßt. Dies trifft nicht bloß für die eigentliche Buchbinderei zu, sondern auch auf die Nebenbranchen. Kontobuch-, Kartonnagen- und Einweisbranche kommen hier in Betracht. Diese Arbeit muß um so mehr gefördert werden, als die vier Stuttgarter Tarife der Buchbinder, Kontobuch-, Kartonnagenarbeiter und der in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder sämtlich am 30. Juni 1916 ablaufen. Der Anfang der Agitation ist damit gemacht, daß die Zahlstelle Ehlingen mit dem 1. Oktober 1912 nach Stuttgart erleichtert wurde und wo nach gut vorbereiteter Agitation sich die Zahl der Mitglieder von 22 auf 59 hob, und die Arbeiterinnen, von denen seither keine organisiert war, in ihrer großen Mehrzahl dem Verbandsangehörig wurden.

Ueber die vier in Stuttgart bestehenden Tarife ist zu berichten, daß sich diejenigen der Kontobuch- und der in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder dem Dreijährstarif anschließen, während der Kartonnagertarif der erste dieser Sparte im Gau ist, dessen Zustandekommen, dank einer intensiven Agitation unter den Kartonnagenarbeitern einestheils und einer geschickt durchgeführten Tarifbewegung zu verdanken ist.

Ueber: „Tarifverträge und Agitation im Gau 14/15“ referierte Schröter. Der Gantag hat die Pflicht, über neue Agitationen zu beraten und trifft das für Stuttgart Besagte in seiner ganzen Ausdehnung auch für den Gau zu, wo allerdings der Erfolg etwas zu wünschen übrig läßt. Das liegt jedoch an den örtlichen Verhältnissen, und es ist schwer, sich über die einzelnen Orte zu orientieren, da unter der Arbeiterschaft eine gewisse Furcht vor Verlust der Arbeitgelegenheit herrscht, wozu das Verhalten einzelner Unternehmer nicht wenig beiträgt, die den Versuch von Versammlungen rundweg verbieten. Daher kommt es auch, daß in jedem Ort anders agitiert und organisiert werden muß. Auf die Ausbildung der Agitatoren muß eine große Sorgfalt verwendet werden, und hier wäre es von Nutzen, wenn vom Verbandsvorkand mit Erscheinen des Jahresberichts die wichtigsten Zahlen und das Wissenswerte in einem Flugblatt kurz zusammengefaßt würde, um einestheils den Agitatoren als Material zu dienen, aber auch zugleich als Agitationsmittel Verwendung zu finden. Speziell für die Heimarbeit in der Kartonnagenbranche würde dies von Vorteil sein, denn diese Kategorie von Beschäftigten muß extra bearbeitet werden. Für diese muß das Hauskaffieren eingeführt werden, damit keine Kette auflaufen und eine feste Verbindung da ist, während für die in der Werkstätte Stehenden von Zeit zu Zeit Versammlungen sofort nach Geschäfts-schluß anderraumt werden müssen, um sie zu halten, wobei jedoch das Augenmerk darauf gerichtet sein muß, diese Versammlungen so kurz als möglich und doch interessant zu machen. Auch wären bei dieser Gelegenheit Lichtbilder-vorträge über berufliche oder bildende Themen nicht von der Hand zu weisen.

In Lohnbewegungen im Gau waren zu vergleichen: Neutlingen und Heilbronn, die zu gleicher Zeit stattfanden und dadurch sehr unter dem Umstand zu leiden hatten, daß der Gauleiter immer nur an einem Orte sein konnte. Speziell Neutlingen hätte einen besseren Erfolg gehabt, wenn ein Mann hätte einige Zeit dort sein können. In Heilbronn wurden Verbesserungen erzielt, doch werden Klagen über Nichterhalten des Tarifs laut. In Karlsruhe gab und gibt es einen allgemeinen Tarif nicht. Die Prinzipale unterschreiben keinen und schließen nur mit ihren Arbeitern ab, nicht mit dem Verband. Mühlhausen erlang eine Aufbesserung von durchschnittlich 2 Mk. für Lahr wurde ein Tarif mit der Firma Schauenburg abgeschlossen, was den Vorteil bietet, daß jetzt einmal ein Tarif besteht, nach welchem weitergearbeitet werden kann. Göppingen ist der einzige Ort im Gau, an welchem noch kein Tarif besteht, und wird es der Zukunft überlassen bleiben, hier Remedur zu schaffen. In den drei Städten Freiburg, Frozheim und Strahburg laufen in diesem Jahre die Tarife ab und ist zu hoffen, daß für die dortige Kollegenchaft Erfolge erzielt werden.

Bei der Agitation muß noch der christlichen Gewerkschaftsbewegung Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die überall versucht, einen Keil in die Fugen der Arbeiterschaft zu treiben, was ihr allerdings nicht so gelungen ist, wie sie es gern wünschte; doch ist immerhin größte Wachsamkeit angebracht. Was das östliche Württemberg speziell betrifft, das ja von Stuttgart aus bearbeitet werden soll, so wird es nicht gut möglich sein, daß der Stuttgarter Angehörige im Bezirk Lohnbewegungen mit Erfolg durchführen kann, da seine Tätigkeit in Stuttgart gebraucht wird; der Gauvorkand müßte eben bei solchen Angelegenheiten doch dorthin; es sei denn, daß die Stuttgarter in die Lage kämen, einen zweiten Beamten anstellen zu können.

Folgende Anträge beziehen sich auf diesen Punkt der Tagesordnung:

Der Gantag wolle sich mit der Durchgangsarbeit an Samstag befassen. (Zahlstelle Heilbronn.)
Anträge der Zahlstellen, Agitationsversammlungen usw. betreffend, sind vor Absendung an den Verbandsvorkand dem Gauvorkand zu unterbreiten. (Gauvorkand.)

Es sollten mindestens im Jahre 2 öffentliche Versammlungen an einem geographisch günstigen Platz in Oberbaden stattfinden, wozu die Nichtorganisierten und die im letzten Lebrjahre stehenden Lehrlinge schriftlich eingeladen werden. Die Adressen sollen durch andere Gewerkschaften oder sonst auf eine Art vermittelt werden. Für Lehrlinge sollen die Fahrkosten frei sein. (E. Fied-Bonnorf.)

Der Gautag stellt an den Verbandstag den Antrag: Die Generalkommission der Gewerkschaften wird ersucht, jedes Jahr einmal in allen Partei- und Gewerkschaftsorganen Auftritte zu lassen, worin Eltern, Vormünder und Erzieher darauf hingewiesen werden, daß es nicht nur Pflicht ist, selbst organisiert zu sein, sondern daß alle Familienangehörigen, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, der modernen Gewerkschaftsorganisation zugeführt werden müssen. (Zahlstelle Zutritt.)

Der Gautag beauftragt den Gauvorstand, auf die Zahlstellenvorstände einzuwirken, -unverzüglich Hausagitationskommissionen zu bilden, um energisch in die Hausagitation einzutreten. Gleichzeitig sind dazufähige Hausagitatoren aufzustellen, um die einzelstehenden Mitglieder uns zu erhalten. (8 Unterschriften.)

In der Diskussion begründete Särgel-Stuttgart den Antrag auf Einsetzung der Agitationskommissionen mit dem Hinweis auf die beiden gehaltenen Referate. Zur Bearbeitung des örtlichen Württemberg plädierte er für Anstellung eines zweiten Beamten in Stuttgart und begründete dies mit der angehäuften Arbeit im Stuttgarter Bureau und mit der hohen Mitgliederzahl, die eine solche Anstellung rechtfertige. Eine diesbezügliche Resolution sei von der Zahlstelle Stuttgart angenommen worden und möge nun auch der Gautag dieser beitreten. Für das Jahr 1916 müsse vorgearbeitet werden, indem in der Provinz der Organisationsgedanke ausgebreitet wird.

Kleinhecht-Weilbronn begründete den Antrag auf Durchführung des freien Samstagmittags und berief sich dabei auf Stuttgart. Es sei dies auch ein Agitationsmittel für die Arbeiterinnen, die schwer zu organisieren seien. Leider stoße man dabei des öfteren auf Widerstand bei politisch und gewerkschaftlich Organisierten. Ferner führte er Klage darüber, daß Kollegen, die von auswärtig kommen und dort in der Bewegung tätig waren, hier die Arbeit ablehnen, wenn sie an ihrem früheren Ort gemahregelt wurden. Ein Ausbau und Verbesserung der Gemahregelten- und Umzugsunterstützung könnte hier Erfolg bringen.

Drehwald-Stuttgart ist der Ansicht, daß das ganze Neben über Agitation nur dann einen Erfolg hat, wenn das Gehörte auch wirklich in den einzelnen Zahlstellen verwertet wird. Von Versäumnisversammlungen verspreche er sich immer noch Erfolge, dagegen verspreche er sich von Versäumnisagitation nicht mehr das wie früher, indem die Arbeitseinteilung keine Zeit mehr dazu lasse. Bei der Hausagitation soll darauf gesehen werden, daß zu den Besuchenden stets Leute aus anderen Betrieben kommen. Der Anstellung eines zweiten Stuttgarter Beamten siehe er sympathisch gegenüber, doch ist er der Meinung, daß nach und nach diese Arbeitskraft ganz für Stuttgart gebraucht wird. Die Hausagitatoren sollen eine angemessene Entschädigung erhalten, um die Arbeitsfreudigkeit bei dem nicht immer beneidenswerten Geschäft zu erhöhen. Nach einer guten erfolgreichen Agitation trete aber auch die Pflicht an uns heran, in eine Bewegung einzutreten, sofern die Geschäftslage günstig ist, denn sonst sei die ganze Arbeit umsonst und die Neugewonnenen fallen wieder ab, wenn sie keinen Erfolg haben. Für die kleinen Zahlstellen sei die Anstellung von Hausagitatoren zu empfehlen, während in größeren Städten mit größeren Betrieben der Vertrauensmann vorzuziehen sei. Was den freien Samstagmittag anbetrifft, so glaube er nicht, daß dies schlimme Folgen nach sich ziehe; Einwände werden von den Prinzipalen stets gemacht, doch soll der Gautag über diesen Punkt keine bindenden Beschlüsse fassen, sondern es bei jeder Tarifberatung der einzelnen Zahlstelle überlassen.

Rann-Pforzheim ist der Ansicht, daß die Zeit, die über die Frage der Agitation verwendet wird, nicht verloren ist. Für Pforzheim kommen bei der Agitation 68 Orte in Betracht, woraus zu ersehen sei, wie schwierig sich hier die Agitation gestalten. Wenn den Verwaltungen vielfach der Vorwurf gemacht werde, daß sie nichts machen, so sei dies unrichtig; ein Hauptfehler liege an den Mitgliedern, wenn sie die Verwaltung nicht unterstützen, um ein Zurückgehen der Zahlstelle aufzuhalten. Die Vertrauensleute müssen die Mittelstelle sein zwischen Verwaltung und Mitglieder, und diese müssen ihre Pflicht ernst nehmen.

Gäde-Mannheim ist nicht unbedingt für Tarife. Der Tarif für Gau 13 sei nicht das, was er eigentlich sein soll. Statt der Stunden- seien Wochenlöhne einzuführen.

Dürr-Stuttgart führte aus, daß eine Aussprache über Agitation stets wieder neues bringe. Für Mitarbeit von Kolleginnen bei der Hausagitation ist er nicht unbedingt, es sei denn, daß gut vorbereitete Kolleginnen am Werke sind. Eine bessere Berücksichtigung Gemahregelter von seiten des Verbandsvorstandes sei erwünscht. Den freien Samstag-

mittag einzuführen, könne wohl angestrebt werden, doch fürchte er unter dem jetzigen Zustand für später Schaden; der Hauptwert sei auf die Verfürgung der täglichen Arbeitszeit zu legen. Bei Agitationsversammlungen empfehle sich ein Austausch von Referenten aus den verschiedenen Gauen, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, auch andere Leute zu hören als die gewohnten. Bei der Bildung von Agitationskommissionen soll nicht von den Mitgliedern gewählt werden, da dies sehr oft Zufallszahlen ergibt, sondern der Ausschuss soll sich diejenigen Leute aus den Mitgliedern herausziehen, von denen er glaubt, daß sie für diese Zwecke dienlich seien.

Glöckel-Heilbronn führte aus, daß Heilbronn alle Mittel der Agitation schon angewendet habe, aber ohne einen Stab von Kollegen sei jedes Mittel erfolglos. Das System der Hausagitatoren habe sich nur bewährt, doch dürfen die Versäumnisversammlungen nicht aufhören. Ein teilweiser Misserfolg in der Agitation sei auch darin zu finden, daß andere Verbände die Leute für sich beanspruchten, was die Wirkung habe, daß diese Leute nicht wissen, wo sie hingehören und unorganisiert bleiben. Der freie Samstagmittag solle zur Einführung gelangen.

Steiert-Lahr bedauerte, daß bei einzelnen Betrieben die Hausagitation vollständig versagt und beklagte ebenfalls die Abwanderung der Betriebe auf das Land. Ueber fremde Referenten versprach er sich nicht viel; dafür soll dem Lehrlingswesen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Schmidt-Freiburg ist für einen weiteren Beamten in Süddeutschland und ersuchte um Unterstützung bei ihrer Tarifbewegung.

Im Schlußwort hob Hemminger hervor, daß die aufgestellten Grundzüge anerkannt worden seien, womit nun auch der Wille ausgesprochen sei, das Gehörte zu Hause zu verwerten, denn dann habe die Aussprache erst den Erfolg, den sie haben soll.

Schröder war dafür, daß die Tarife auch in der Provinz eingeführt werden und warnte davor, in der Hausagitation einen Reform aufzustellen; lieber wenige besuchen und diese aufnehmen. Durch langsame, feste Arbeit ist mehr zu erreichen. Um Erfolge zu erzielen, müssen Verwaltung und Mitglieder zusammen arbeiten, eines das andere unterstützen und stets für frische Kräfte zur Arbeit Sorge tragen, um unsere Ideen in immer weitere Kreise zu tragen.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages des Gauvorstandes betr. Anträge auf Abhaltung von Agitationsversammlungen, ferner des Antrages Stuttgart betr. Aufruf der Generalkommission und die Aufforderung an den Gauvorstand betr. Agitationskommissionen. Der Antrag Heilbronn, freien Samstagmittag betr., wurde von den Antragstellern zurückgezogen, während der Antrag Klud dem Gauvorstand überwiesen wurde.

Am Ostermontag wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Schröder referierte über: „Unser Arbeitsnachweis“. Er führte aus, daß nach dem Beschluß vom Gautag in Reutlingen der Gauarbeitsnachweis in Stuttgart eingerichtet wurde, von wo er aber später aus praktischen Gründen nach Lahr in die Hände des Gaubeamten verlegt ward. Im ganzen kann gesagt werden, daß so, wie diese Einrichtung jetzt besteht, sie nichts Halbes und nichts Ganzes ist. Seit Gründung haben sich 54 stellungsuchende Kollegen gemeldet. Von Prinzipalitäten wurden 28, von Kollegen 22 freie Stellen angegeben. Nur 8 Kollegen haben berichtet, daß sie eine Stelle durch uns vermittelt - angetreten haben. Die Einrichtung verursachte einen Kostenaufwand von 154 M., der in Anbetracht des Ergebnisses viel zu hoch ist. Der Arbeitsnachweis soll nicht partiell sein, sondern er ist so gedacht, daß im Gau und auch auswärts in annehmbare Arbeitsverhältnisse arbeitslosen Verbandsmitgliedern Arbeit nachgewiesen werden kann. Für Orte wie Stuttgart oder München soll er in erster Linie keine Geltung haben, weil in solchen Orten mit großer Buchindustrie die Vermittlung schneller am Ort selbst geschieht. Um das Ziel zu erreichen, nicht jedem Unwürdigen zu Arbeitskräften zu verhelfen, schlechte Plätze anzuschalten, einen Druck auf die Gestaltung der Löhne und Arbeitszeit auszuüben und nicht zuletzt auch die Verbandsmitglieder unabhängiger von gewissen Annoncenplantagen zu machen, müssen alle Kollegen das Werk unterstützen. Aber auch die „Buchbinder-Zeitung“ muß es als ihre Aufgabe betrachten, auf diesem Gebiete sich nützlich zu machen. In seiner bisherigen Tätigkeit als Arbeitsnachweisleiter hat der Beamte schon eine Reihe nützlicher Erfahrungen und Einrichtungen gemacht, die für die Zukunft von großem Werte sind. Als Entscheidung legte der Gauvorstand folgende Resolution vor, die nach längerer Debatte, in der das Für und Wider eingehend gewürdigt wurde, Annahme fand.

Um den Gauarbeitsnachweis besser auszubauen, verpflichten sich die Mitglieder, jede freigewordene oder freierwerbende Stellung sofort dem Gauleiter mitzuteilen. Der Gautag beauftragt den Gauleiter, mit den anderen bestehenden Gauarbeitsnachweisen in Verbindung zu treten, um gesuchte Arbeitskräfte gegenseitig zu vermitteln.

Damit dieses wirksam zur Ausführung gebracht werden kann, soll folgender Antrag an den Verbandstag gestellt werden:

„In der „Buchbinder-Zeitung“ möge eine ständige Anbrut von den Gauarbeitsnachweisen über Arbeitslosenmeldungen und Arbeitsangebote erscheinen.“

Von den gestellten Anträgen, soweit sie nicht erledigt waren, wurde der Antrag Stuttgart, den Gautag nur alle drei Jahre abzuhalten, nach heftiger Diskussion abgelehnt. Dem Gauvorstand wurde anheimgegeben, nach Bedarf Bezirks- und Branchenfunktionen abzuhalten. Der nächste Gautag findet in Freiburg statt.

Die Jugendfrage wurde von Glöckel in einem Referat aufgeworfen, konnte aber wegen der vorgeschrittenen Zeit nicht gewürdigt werden.

Dürr wies auf die Entschliebung unserer Verbandstage hin und ersuchte die Delegierten, in ihren Orten für die freie Jugendbewegung einzutreten.

Nachdem unter „Verschiedenes“ noch einige Anregungen und Wünsche in bezug auf den nächsten Gautag erledigt waren, konnte Schröder in einem lehrerlich die Arbeiten des Gautages Revue passieren lassen und feststellen, daß nützliche Arbeit geleistet wurde. Er ermahnte alle Anwesenden, in eifriger, über Arbeit das Gelernte in ihrer Heimat zum Nutzen der Organisation zu verwerten.

Hierauf schloß Vorsitzender Dürr mit einem begeisterten Hoch auf den Buchbinder-Verband mittags 1 Uhr den Gautag.

E. Benzig, W. Drehwald.

Bericht vom gemeinsamen Gautag der Gau 16 und 17.

Abgehalten am 23. und 24. März 1913 in Regensburg.

Bezirksleiter Weindlader-Nürnberg eröffnete den Gautag am Ostermontag früh 10 Uhr. In kurzer Ansprache erläuterte er den Anwesenden die Aufgaben, welche diese Tagung zu erfüllen habe. Die Wahl des Bureaus ergab folgendes Resultat: Herber-Nürnberg und Dreher-Regensburg als Vorsitzende, Finzer-Nürnberg und Haag-Nürnberg als Schriftführer.

Die Präsenzliste ergab die Anwesenheit der Bezirksleiter Faust-München und Weindlader-Nürnberg und 22 Delegierte. Als Gäste waren anwesend Genosse Schmid-München vom Buch- und Steinbrucker-Hilfsarbeiterverband und Herkel vom Verband der Lithographen und Steinbrucker, Gau Südbayern, ferner einige Kollegen und Kolleginnen der örtlichen Zahlstellen verwandter Verbände und eine Anzahl unserer Mitglieder von der Zahlstelle Regensburg. Die sehr reichhaltige Tagesordnung war folgende:

1. Bericht der Gauvorstände. Berichtshalter: Faust und Weindlader.
2. Agitation und Arbeitsvermittlung. Referent: Faust.
3. Stellungnahme zum Verbandstag in Stuttgart. Referenten: Faust und Weindlader.
4. Anträge.

Folgende Anträge lagen dem Gautag vor:

1. Zu Affer 12 des Streitreglements:

Bei 13wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung an Mitglieder

	Klasse			
	I	II	III	IV
mit eigenem Hausstand:	M. 8	9	13	15
ohne eigenen	6	7	11	13

Bei 52wöchiger Mitgliedschaft und Beitragsleistung an Mitglieder

	Klasse			
	I	II	III	IV
mit eigenem Hausstand:	M. 9	10	14	18
ohne eigenen	7	8	12	14

Im übrigen bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft.

2. Zu § 7 Abs. 1 des Verbandsstatuts:

Indem unser Beruf immer mehr mit jugendlichen Arbeitskräften durchsetzt wird, ist eine Jugendklasse mit 20 Pf. Verbandsbeitrag pro Woche zu schaffen.

Die Unterrichtungseinrichtungen sind im Verhältnis zur Beitragsleistung festzusetzen.

Aufgenommen werden in diese Klasse nur Lehrlinge und jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren, und zwar ohne Bezahlung einer Aufnahmegebühr. Mit Eintritt des 16. Lebensjahres haben die Arbeiterinnen spätestens am Quartalschluß, in dem das genannte Lebensalter erreicht wird, in die erste Beitragsklasse überzutreten.

3. Zu § 7 Ziffer 2 des Verbandsstatuts:

Die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Beitragsklassen ist nach dem Lohn vorzunehmen.

Weibliche Mitglieder, sofern sie nicht der Jugendklasse angehören und bis 12 Mk. Wochenverdienst erzielen, sind verpflichtet, in der ersten Beitragsklasse zu steuern, alle höher Entlohnenten in der zweiten Beitragsklasse.

Männliche Mitglieder, soweit es sich nicht um Lehrlinge handelt, bis 12 Mk. Wochenverdienst, sind verpflichtet, in der ersten Beitragsklasse zu steuern, bei einem Wochenverdienst bis 15 Mk. in der zweiten Klasse, über 15 Mk. in der dritten und über 24 Mk. in der vierten Klasse.

Jedoch bleibt es den männlichen Mitgliedern freigestellt, in einer höheren Klasse zu steuern, als der Lohn verpflichtet. Die weiblichen Mitglieder können ebenfalls in der zweiten Beitragsklasse steuern, wenn der Lohn auch nur zur ersten verpflichtet.

4. Die Invalidenunterstützung ist auch für die dritte Beitragsklasse obligatorisch zu machen, so daß der Verbandsbeitrag auf 65 Pf. zu setzen ist.

5. Zu Ziffer 1 des § 26 des Verbandsstatuts:

In Beitragsklasse	Nach Mitgliedschafts- und Beitragswochen	pro Tag	Höchstbetrag	Höchst-dauer
1	152	0,40	14	35
1	156	0,40	18	45

6. Die Gauvorstände der Gause 16 und 17 werden daraufhin, für das ihnen zugehörige Gebiet einen gemeinsamen Zentralarbeitsnachweis zu schaffen mit dem Sitz in München.

(Zahlstelle Regensburg.)
7. Jeder einzelnen Zahlstelle ist ein bestimmtes abgegrenztes Agitationsgebiet zu überweisen.

Die hierbei erwachsenden Kosten trägt die Zahlstelle. (Zahlstelle Regensburg.)

8. Um den Gauvorfisern und Vertrauensleuten von Kleinstädten den Besuch der Gausage zu ermöglichen, sowie zur Deckung unvorhergesehener kleiner Ausgaben ist eine Gauskasse zu gründen, zu der sämtliche Zahlstellen vom Gau 16 pro männliches Mitglied und Quartial 2 Pf. abzuführen haben.

Die Verwaltung dieser Kasse wird dem Gauvorstand übertragen und ist auf den Gausagen darüber Bericht zu erstatten.

Die Revisionen des Vorortes haben antäglich der üblichen anderen Revisionen auch diese Kasse zu prüfen. (Nürnberg-Fürth.)

Zu Punkt 1 der Tagesordnung führte Faust-München folgendes aus: Die Großindustrie fehlt im Gau 17 vielfach und ist daher das Kleingewerbe vorherrschend. So sind in Kempton noch Löhne zu verzeichnen mit 19 Mk. pro Woche bei 40-jähriger Tätigkeit. In Kaufbeuren wurde kürzlich eine Bewegung mit gutem Erfolg durchgeführt, an welcher drei Verbände gemeinsam operierten, was sich als sehr vorteilhaft erwies. Medner schildert sodann ausführlich den Verlauf des Streiks in Landsbut, wobei er wiederum recht deutlich nachweisen konnte, wie vorteilhaft es war, daß drei Gruppen bereit gehalten haben. Die beiden Gausleiter wurden durch Kriminalbeamte überwacht. Auch sonstige recht interessante Vorgänge sind zu verzeichnen.

München zählt zurzeit 1500 Mitglieder. Sehr schwierig ist die Agitation in Innungs- und Kartonnagenbetrieben. Vielfach bereiten Kollegen Schwierigkeiten in der Agitation, statt daß sie mitarbeiten oder zum allermindesten den lästigen Mitgliedern nicht entgegenarbeiten würden. Mit- und Wendring ist gut organisiert, auch in Engenfelden sind Mitglieder vorhanden. Augsburg hat sich in den letzten Jahren gut entwickelt. Medner fordert sodann recht eindringlich zur tatkräftigen Mitarbeit auf.

Die Mitgliederbewegung (Eingelmitglieder) vom Gau 17 ergibt für das Jahr 1912 eine Zunahme von 7, so daß am 1. Januar 1913 38 Eingelmitglieder vorhanden waren.

Weinländer-Nürnberg erstattete den Bericht vom Gau 16. Am 1. Januar 1910 waren im Gau vorhanden rund 950 Mitglieder. Am 1. Januar 1911 waren 1600 überschritten, da die Zahlstelle Nürnberg-Fürth allein 1300 aufzuweisen hatte. Infolge des Steinbruderstreiks 1911/12 und der darauf einsetzenden sehr klaren Geschäftslage ist im Jahre 1912 ein Rückgang an Mitgliedern eingetreten. Allerdings war auch zu erwarten, daß der riesige Aufschwung vom Jahre 1910 eine gewisse Reaktion zur Folge haben würde auch bei normalen Verhältnissen. Die Erfahrung hat jedoch gelehrt, daß durch unerwünschte Agitation die Mitgliederzahl bis zum Ausbruch des Streiks in den Kantonen und der darauf folgenden schlechten Konjunktur in der größten Zahlstelle gehalten werden konnte. Die in den letzten Monaten eifrig betriebene Hausagitation hat gute Erfolge aufzuweisen, nachdem der Widerstand beiseite ist, der im Vorjahr gegen diese Agitationsmethode vorhanden war. Hauptächlich in allen kleineren Zahlstellen muß genau so wie in der Vorortszahlstelle die Hausagitation ständig betrieben werden, nicht nur dann und wann einmal. Zurzeit beträgt die Mitgliederzahl 1450, davon 20 Eingelmitglieder.

In der Berichtsperiode fanden Lohnbewegungen statt, bei denen der Gausleiter in Anspruch genommen war: in Hanau 1910 Eisarbeiter, Ammanthalen Nürnberg-Fürth, Pappstiefelfabriken, Buchbinderereien und Kartonnagenfabriken, Kleinfabrikindustrie ebenda und Lohnbewegung Nürnberg. Im Jahre 1911 folgten die Lohnbewegungen in Erlangen und Regensburg 1912. Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen der Zelluloseindustrie und Spiegelglasindustrie in Nürnberg-Fürth, außerdem wurde mit einer Kantonallage ebenda ein Tarif mit den beiden Bruderorganisationen zusammen abgeschlossen. Auch Würzburg hatte die Erneuerung des im Jahre 1910 ertmalig abgeschlossenen Tarifes aufzuweisen. Hinzu kommt noch, daß im Zeitraum der letzten drei Jahre eine große Anzahl Bewegungen geführt werden mußten, die sich mehr im stillen abspielt haben. Erlangen hat im Jahre 1912 seine Mitgliederzahl gehalten. In Schweinfurt wurde eine Zahlstelle gegründet, die sich gut hält. Regensburg hat einen schweren Stand durch die starke Zahlstelle der Christlichen, hält sich aber trotzdem. Würzburg ist zurückgegangen. Man mußte Restanten streichen, die dann zu den Christlichen übergingen und auch noch andere mitgeriffen haben.

Medner besprach sodann den Verlauf der geführten Bewegungen und geht aus jeder einzelnen die Lehren, die in Zukunft beherzigt werden müssen, um noch erfolgreicher wie in den verfloffenen drei Jahren vorwärtszukommen. Betont müsse besonders werden, daß sich alles das, was viele Jahre in Nordbayern veräußt wurde, nicht sprunghaft, sondern nur schrittweise nachholen lasse. Eindringlich müsse allen Funktionären ans Herz gelegt werden, die Berichterstattung an den Gauvorstand recht gewissenhaft und vor allen Dingen recht schnell auszuführen.

An der Hand der Statistik weist Medner nach, daß die Löhne im Durchschnitt vom Gau 16 denen des Nachbargaues bedeutend nachstehen. In den letzten Jahren ist durch die zahlreichen Lohnbewegungen in Nordbayern lediglich ein kleiner Anfang zur Deckung der wirtschaftlichen Lage zu verzeichnen. Mit verdoppelter Eifer und zäher Ausdauer müsse deshalb weitergearbeitet werden, wenn in absehbarer Zeit dieser Bezirk einigermaßen vorwärts gebracht werden soll.

In der anschließenden lebhaften Diskussion gab Klamm-Nürnberg aus praktischen Erfahrungen gesammelte Winke zur Betreibung erfolgreicher Agitation. Er betonte, daß es oft nachteilig empfunden worden sei, daß Weinländer bei auswärtigen Lohnbewegungen soviel in Anspruch genommen werde. Die Kollegen Dreher-Regensburg, Lichtlein-Würzburg und Drechsler-Erlangen besprachen gewisse Eigenarten der örtlichen Verhältnisse. Klüber-München polemisierte gegen Faust und machte ihm zum Vorwurf, daß er bezüglich der Innungsbetriebe nicht energisch genug ins Zeug ginge. Auch in der Kartonnagenbranche sollte er so energisch handeln wie in Landsbut.

In seinem Schlusswort wies Faust nach, daß der Kollege Klüber samt den in Innungs- und Kartonnagenbetrieben Beschäftigten in erster Linie die Schuld tragen, daß es da nicht besser vorwärts gehe, indem er statt mit der Verwaltung und Agitationskommission gegen diese wirke.

Nach seinem kurzen Schlusswort stellte Weinländer einige Kleinigkeiten richtig.

Zum zweiten Punkt lagen die Anträge 6 und 7 und die Resolution betr. Arbeitsnachweis vom Gau 14/15 (siehe letzte Nummer der „Buchbinder-Zeitung“) vor. Referent Faust-München führte hierzu folgendes aus:

Im Verbandsorgan ist die Agitation in letzter Zeit wieder sehr lebhaft besprochen worden. Bei der Hausagitation ist zu beklagen, daß die Beschaffung des Agitationsmaterials mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Hauptächlich mit Kleinstädten ist es sehr schwer, Anknüpfungspunkte zu finden. Ein gutes Mittel, um solchen Schwierigkeiten mit Erfolg zu begegnen, sei ein gut funktionierendes Arbeitsnachweis. Der für die Zahlstelle München seit Jahren bestehende Nachweis bewährte sich sehr gut und sind auch immer schon Stellen nach auswärtig besetzt worden. Oft sei es schwer, die Kollegen zur Annahme von auswärtig angebotenen Stellen zu bewegen. Medner empfahl trotz der Schwierigkeiten den Antrag 6. Durch Gründung bzw. Schaffung eines graphischen Industrierverbandes würde die Agitation sofort erleichtert. Auch für Lohnbewegungen würde die Sache sich sehr gut bewähren, was die Praxis jetzt schon teilweise bewiesen hat. Es mache den Eindruck, als ob einige Verbandsvorstände sich scheuen, in dieser Sache den Anfang zu machen. Man könne aber nicht warten, bis noch mehr schlimme Erfahrungen vorliegen, wie dies ohnehin schon der Fall ist. Als den zunächst notwendigen Schritt soll man zum mindesten die von Hannover neuerdings empfohlene „Kampff-Zentrale“ in den Vordergrund

rücken. Dieser nächste Schritt kann als Uebergangsstadium zum graphischen Industrierverband dienen.

Weinländer-Nürnberg gab einige praktische Winke, wie man unter Umständen Adressen gewinnen muß und wies auf den Leitfaden hin, der hauptsächlich dazu dienen soll, immer neue Hausagitatoren anzulernen. Medner empfahl den Antrag 6 anzunehmen, dagegen ersucht er Antrag 7 abzulehnen, da letzterer undisfinitabel sei. Bezüglich des graphischen Industrierverbandes wies Medner auf die Versuche Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre in Leipzig (graphische Versammlungen usw.) hin. Schon damals haben graphische Institute bestanden. In mehreren Großstädten waren schon große Betriebe vorhanden, die sämtliche graphische Berufsgruppen unter einem Dach vereinigen. Diese konzentrierten Betriebe sind aber im Laufe der letzten 20 Jahre in großer Anzahl auch in Mittel- und Kleinstädten entstanden und wird diese Entwicklung auf beruflichem Gebiete in Zukunft immer noch größere Ausbreitung finden. Die örtlichen graphischen Kartelle haben sich in mehreren Städten gut bewährt. Mit der Zeit hat sich aber der Nachteil gezeigt, daß ein solches Kartell die besten Klänge entwerfen kann und wirklich gute Vorbereitungen für großzügige Bewegungen zeitigt. Dann kommt plötzlich ein Hauptvorstand irgendeines graphischen Verbandes und wirft diese im Sandumwehen über den Haufen. Medner wies dies an Beispielen aus der Praxis der letzten Jahre nach. Der Umstand, daß die Frage neuerdings von einer Seite aufgetaucht sei, die vor Jahresfrist noch scharfer Gegner des Problems war, ist zweifellos als Zeichen der Zeit zu betrachten. Der Referent ging dann näher auf die Verhältnisse der einzelnen Verbände ein und zog den einheitlichen Zusammenhänge der Teilnehmer zum Vergleich heran. Gar kein Zweifel bestehe darüber, daß ein besserer Zusammenhänge der graphischen Verbände für die Arbeiterschaft aller Gruppen nur von Nutzen sein könne! In vielen Städten könnten dadurch kräftige Zahlstellen geschaffen werden, wo heute nur Zweiggebäude vorhanden sind, die nicht leben und nicht sterben können.

Dreher-Regensburg plädierte für den Antrag 6, während er auch den Antrag 7 für zu weitgehend hielt. — Weinlein-Wendring brachte Vorschläge über Christliche zum Ausdruck, daß diese sich hauptsächlich durch späteren Arbeitshunger wie die übrigen, lieb sind machen wollen. — Klamm-Nürnberg empfahl, das Vertrauensleuteystem noch besser auszubauen wie bisher. Die Vermittlung von Arbeitsstellen durch Kollegen unter der Hand sei nicht zu billigen. Die Unterstützung für Mitglieder, die durch ihre Tätigkeit in der Agitation gemindert werden, sollte auch eine höhere sein wie bisher. Mindestens sollte aber für etwa vier Wochen der ortsübliche Minimallohn als Unterstützung gewährt werden. — Faust-München befürwortete, den Schlusspaffus der Resolution des Gaus 14/15 zu streichen, da es unmöglich sei, offene Stellen in dem Umfang in der „Buchbinder-Zeitung“ zu veröffentlichen. — Dreher-Nürnberg gab der Meinung Ausdruck, daß viele Mitglieder in der Hausagitation gute Dienste leisten können, wenn sie auch noch nicht so weit ausgebildet sind, selbständig Werkstättenverfammlungen abzuhalten. — Klüber-München betonte, daß sich die Hausagitation und das Bezirksfaffieren gut bewährt habe. Zu beklagen sei der öftere Wechsel der damit betrauten Mitglieder. Auch er ist für Schaffung des im Antrag 6 gewünschten Arbeitsnachweises. — Schmid vom Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterverband sprach sich Hipp und klar für den graphischen Industrierverband aus und erklärte es als vollständig ausgeschlossen, daß das Hilfspersonal dadurch zurückgesetzt oder geschädigt würde. Medner gab noch einige praktische Winke zur erfolgreichen Agitation. Bei Gausleiterkonferenzen sollten die Gausleiter in wichtigen Angelegenheiten ihren Standpunkt auch energisch zur Geltung bringen. Eine Bewegungsfreiheit, die nur spätere Niederlagen bringt, sei nicht zu empfehlen.

Josef-Nürnberg empfahl ebenfalls den Antrag 6, zumal ein ähnlicher Arbeitsnachweis vor vielen Jahren schon bestanden hat. Allerdings darf man allzu große Hoffnungen nicht hegen. Die Agitation in den Werkstätten und das Verhalten anderer Mitglieder in denselben ist noch immer die beste Agitation gewesen. Es wird davon gesprochen, daß die Zentralvorstände schuld sind, daß die Geschichte mit dem graphischen Industrierverband nicht vorwärts geht. Wir bilden aber doch auf demokratischer Grundlage bestehende Organisationen und sind die Zentralvorstände das Produkt ihrer Mitglieder! — Medner glaubt nicht recht an den Oppositionsgeist der Gausleiter, weil auch diese nur das Produkt der vorherrschenden Verhältnisse sind. Medner glaubt nicht, daß purer Eigennutz die Zentralvorstände von der Gründung des Industrierverbandes abhält, schließlich sich jedoch dem von Medner empfohlenen Standpunkt an. — Kollegin Wodez-München sprach ihr Bedauern darüber aus, daß auf

der Kartonnagerkonferenz in Leipzig kein Kartonnagerarbeiter aus München anwesend gewesen sei. Faust hätte darauf dringen müssen, daß ein Mitglied aus der Kartonnagerbranche vertreten gewesen wäre. — Eisenhut-München empfahl die Agitation unter den Jugendlichen als sehr notwendig. — Ferkel-München vom Verband der Lithographen und Steindruckere empfahl, mit dem Arbeitsnachweis auch das Anstufensystem zu verbinden. In seinem Verband hätte sich dieses gut bewährt. Auch er stellte sich betreffs des graphischen Industrieverbandes rückhaltlos auf den Standpunkt, der allgemein auf dem Goutag zum Ausdruck kam. — Faust erklärte, daß es nicht seine Schuld sei, daß von München niemand von der Kartonnagerbranche nach Leipzig delegiert worden sei. — Ruff-Augsburg empfahl die Hausagitation, mit der man nur gute Erfahrungen gemacht habe. Er erkannte an, daß die Unterstützung durch Faust sehr gut gewesen sei. Redner ist für den graphischen Industrieverband. — Drechsler-Erlangen glaubte, daß der Gewerkschaftsnachweis für Erlangen sehr wenig in Frage komme. — Storr-Kaufbeuren sprach sich über den Gewerkschaftsnachweis aus und betonte, daß die Arbeitsvermittlung von München gut funktioniert habe. — Ferkel-Kempten erklärte, daß die Agitation dort mit den Hilfsarbeitern gemeinsam betrieben werde.

Faust schilderte in seinem Schlußwort, daß das Gebiet der Agitation niemals erschöpft wird behandelt werden können. Vielfach lägen Verhältnisse vor, daß man Kollegen nicht zwingen könne, auswärtige Stellen anzunehmen. Da gegen den graphischen Industrieverband niemand gesprochen habe, erübrigt sich eine Resolution. Auf den Verbandstagen werden alle anwesenden Vertreter der drei Verbände den im Referat und in der Diskussion betonten Standpunkt energisch verteidigen.

Antrag 6 wird einstimmig angenommen. Antrag 7 abgelehnt, jedoch sollen ähnliche Wünsche möglichst Berücksichtigung finden.

Die Resolution vom Gau 14/15 wird in folgender Fassung angenommen:

„Um den Gewerkschaftsnachweis besser auszubauen, verpflichten sich die Mitglieder, jede freigebliebene oder freizubehaltende Stellung sofort dem Gauleiter mitzuteilen.“

Der Goutag beauftragt die Gauleiter, mit den anderen bestehenden Quartalsnachweisen in Verbindung zu treten, um gesuchte Arbeitskräfte zu vermitteln.“

In einer Sonder Sitzung der Delegierten vom Gau 16 wurde Antrag 8 mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Am zweiten Verhandlungstage wurde Punkt 4 behandelt; hierzu die Anträge 1 bis 5.

Faust-München führte aus, daß die erste Weitragsklasse kann von einer Erhöhung verschont bleiben wird. Deshalb müsse unbedingt auf Schaffung einer Jugendklasse gedrungen werden. Auch damit könne er sich einverstanden erklären, daß die Invalidentenunterstützung auch für die dritte Weitragsklasse obligatorisch gemacht wird. Die Zugehörigkeit zu den verschiedenen Weitragsklassen nach dem Lohn vorzunehmen, könne ebenfalls gutgehen werden, desgleichen eine andere Regelung der Streikunterstützung. Nur sollten Mitglieder mit weniger wie 13 geleisteten Beiträgen besser berücksichtigt werden wie früher, wenigstens soll dies in Fall zu Fall unter besonders gelagerten Verhältnissen geschehen können. Dem Antrag 1 können wir uns anschließen.

Weinländer-Münchberg ergänzte noch kurz die Ausführungen des Vorredners zu den Anträgen 2, 3 und 4 bezw. gab einige Erläuterungen dazu. Bezüglich des Antrages 5 betonte er, daß auch diese Regulierung nur empfohlen werden könne. Bei dem Antrag 1 wies er darauf hin, daß die Erfahrungen der letzten Jahre gelehrt haben, wie notwendig es sei, eine Regelung der Streikunterstützung vorzunehmen, wobei ständige, treue Mitglieder besser bedacht werden sollen, wie solche, die nur wenige Beiträge geleistet haben. Der Referent verwies auf die in der „Buchbinder-Zeitung“ erfolgte Begründung dieses Antrages und betonte, daß bei einigen Säben Abstriche gemacht, die bei Mitgliedern mit über 52 geleisteten Beiträgen hinzugefügt worden sind, so daß der ganze Antrag keine Erhöhung der Streikunterstützung schlechthin, sondern lediglich eine Regulierung bedeute, die eine große Belastung für die Verbandskasse nicht haben wird. — Bezüglich der Weitragsfrage wird man dahin streben müssen, daß mit der Zeit jede Weitragsklasse sich selbst erhält. Ob aber eine Erhöhung des Beitrages unserer zweiten Klasse jetzt schon wieder erfolgen kann, darf man sehr stark bezweifeln. Vielmehr wird man dadurch erreichen, daß viele Arbeiterinnen, die jetzt bei einem Lohn von 9-12 M. pro Woche in dieser Klasse steuern, im Falle einer Beitragserhöhung in die erste zurücktreten. Nicht richtig sei es, als Grundlage nur das Ergebnis eines Jahres heranzuziehen, sondern da müsse unbedingt ein längerer Zeitraum statistisch erfaßt werden, um richtige Unterlagen zu bekommen.

Die Verbandskasse müsse es eben ertragen und könne es auch, wenn der kommende Verbandstag in puncto Beitragserhöhung eine Ausnahme mache. Nach kurzer Diskussion wurden die Anträge 1 bis 5 einstimmig angenommen. Damit waren die Verhandlungen beendet.

Der Herr sprach den Kollegen Regensburgs für ihre Gattefreundschaft die Anerkennung des Goutages aus. Er betonte, daß die mannigfaltige Tagesordnung sehr sachlich ihre Erledigung fand. Allseitig ist das Bestreben zum Ausdruck gekommen, die Sache durch äußerste Mühe zu fördern. Mit einem gewissen Stolz dürfen wir auf den ersten gemeinsamen Goutag zurückblicken. Soffentlich ist es der Anfang einer besseren Zeit für den Gau 16 und 17.

Mit einem kräftigen „Hoch“ auf das fernere Blüten und Gedeihen unserer Organisation schloß der Redner den Goutag.

Aus der Kartonnagenbranche.

In Nr. 10 der „B.“ äußert sich Kollege N. über die Erwartungen, die auf die vorjährige Kartonnagerkonferenz gesetzt waren. Wie schon dort dargelegt ist, sind diese zum größten Teil nicht in Erfüllung gegangen. Die Erwartungen waren aber auch zu hochgepannt, wenn man gleich auf eine vollständige Beilegung der Teilnahmslosigkeit unter den Massen der Kartonnager gerechnet wurde. Die seit den Anfängen der Kartonnagerindustrie vorhandene Verbargie kann durch nichts in einem kurzen Zeitraum beseitigt werden. Dazu bedarf es vielmehr einer langwierigen Erziehungsarbeit, die aber auch wiederum nicht an allen zugleich, sondern immer nur an einem Teil vorgenommen werden kann, wenn sie überhaupt in die Tiefe dringen soll. Die Aufgabe ist also die, durch fortwährende Aufklärung und Agitation — die naturgemäß je länger auch je mehr Ausbreitung finden wird — die Kartonnager zu einer klaffen- und kampfbewußten Arbeiterschaft zu erziehen. Diese Aufgabe abzulösen, konnte und sollte nicht Zweck der Konferenz sein, sie diene vielmehr dazu, Mittel und Wege zu zeigen, durch die ein möglichst erfolgreiches Arbeiten unter den Kartonnagern zum Nutzen des einzelnen wie auch der Gesamtheit erzielt werden kann. Wenn die von der Konferenz erwarteten Erfolge nun nicht eingetroffen sind, so trägt diese selbst keine Schuld daran, denn von den dort gegebenen Anregungen war die eine oder die andere überall anwendbar.

Insofern sind aber die Klagen des Kollegen N. — der da meint, daß die Konferenz tiefere Wirkungen nicht gezeitigt habe — berechtigt, weil eben die Anregungen nicht befolgt wurden. Diese Tatsache beweist aber wiederum, daß die leitenden Stellen in den Zahlstellen usw. der ganzen Angelegenheit nicht genügend Beachtung geschenkt haben. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß die von der Konferenz empfohlenen Branchenkommissionen fast nirgends gebildet worden sind? Wenn man annehmen will, daß man sich an einigen Orten mit den vorhandenen oder gebildeten Agitationskommissionen begnügt hat, so wäre dies immer noch eine Verkennung des Zweckes der Branchenkommissionen. Diese sollen den internen Branchenangelegenheiten dienen, während jene die allgemeinen organisatorischen Ziele zu verfolgen haben. Es muß noch besonders darauf hingewiesen werden, daß also auch die obligatorische Einführung von Agitationskommissionen — für welche jetzt Stimmen laut werden — die Branchenkommissionen nicht ersetzen kann. Eng verbunden mit der Bildung derselben ist ein Ausbau des Vertrauenspersonensystems. Auch dieses liegt seit jeder bei den Kartonnagern sehr danieder, trotzdem gerade durch die Vertrauenspersonen erst die richtige Fühlung mit den Massen gewonnen werden kann und sich durch diese auch die ganzen organisatorischen Kleinarbeiten regeln und somit leichter bewerkstelligen lassen. Das Vertrauenspersonensystem kann auf zwei Arten ausgebaut werden, einmal, und am vorteilhaftesten dadurch, daß bei Einzelversammlungen — je nach der Zahl der Beschäftigten — eine oder mehrere männliche oder weibliche Vertrauenspersonen gewählt und dadurch verpflichtet werden; wo das nicht anständig ist, müssen die Funktionäre die geeigneten Personen angehen, damit diese das Amt übernehmen. Auf beide Arten lassen sich Erfolge erzielen. Bei der ersteren allerdings haben die Vertrauenspersonen einen gewissen Rückhalt bei den Personen, von denen sie gewählt sind. Wenn sich das Unternehmertum in der Kartonnagerbranche erst einmal an die Vertrauenspersonen im Betriebe gewöhnt hat und wenn dazu immer die geeignetsten Personen ausgewählt sind, werden auch die eben. Maßregelungen derselben ausbleiben. Diese beiden Anregungen — Branchenkommissionen und Vertrauenspersonensystem — dürften am ehesten dann Erfolge zeitigen, wenn sie nicht einzeln, sondern gemeinsam befolgt werden.

Aufgabe des bevorstehenden Verbandstages muß es auch sein, auf die Bedeutung dieser Angelegenheit hinzuweisen und darauf zu dringen, daß den Anregungen der Kartonnagerkonferenz stattdessen werde, denn erst dann hat diese ihren Zweck erfüllt.

Ein „Schmerzkind“ schon der Konferenz war die durch die Resolution Flühe geforderte „Zentralstelle für Tarifangelegenheiten“. Diese soll den Zweck haben, besonders in Affordtariffragen als Beratungskommission zu dienen, um so die vielfältige Affordberechnung mit ihrer verschiedenen Entlohnung für gleiche Kartonnagen einheitlicher zu gestalten. Die ersten Anregungen zu der „Zentralstelle“ waren derart, daß diese nicht nur an einem Orte gebildet werden sollte, daß also neben einer Hauptstelle noch verschiedene Nebenstellen — die untereinander in ständiger Verbindung zur Beratung aller auftauchenden Fragen bleiben sollten — bestimmt werden. Diese Anregung hatte nur den Fehler, daß der Apparat zu groß wurde. In Anbetracht dessen ist es nicht verwunderlich, daß nur die Anregungen Flühes — die nicht so weitgehend waren — Zustimmung fanden. Allerdings auch erst nach einer lebhaften Aussprache zwischen den prinzipiellen Gegnern der „Zentralstelle“ und deren Befürwortern. Die Leipziger Flühes also verlangen die Gründung einer „Zentralstelle“ an einem Orte und zugleich, daß in allen Kartonnagerorten Branchenkommissionen gebildet würden. Das letztere auch, um der ersteren die Verbindung mit anderen Orten zu ermöglichen. Auf diesem Wege sollte der große Apparat vermieden werden. Sehen wir auf die Zeit seit der Konferenz zurück, so muß konstatiert werden, daß die Zentralstelle in der ihr nun gegebenen Gestalt ihre Aufgaben nicht erfüllen konnte. Diese Tatsache beweist aber keineswegs, daß die Gegner mit ihren Befürchtungen recht haben. Die Ursachen sind vielmehr die, daß die Dresdener selbst sich nicht so wie notwendig der B.-K. widmen konnten, weil infolge des chronischen Personemangels alle Kräfte durch die dortige Tarifbewegung in Anspruch genommen waren. Andererseits ist aber auch zu beachten, daß die Vorbereitungen zu einem erfolgreichen Arbeiten der B.-K. nicht in dem Maße — wie erforderlich — vorhanden sind. Diese Vorbereitungen sind die schon erwähnten Branchenkommissionen und die Verbindung mit anderen Zahlstellen. Wenn es der B.-K. wirklich gelungen ist, mit dem einen oder anderen Orte in Verbindung zu treten, so wird da wieder den Anregungen derselben nicht stattgegeben und event. verlangte Arbeiten werden nicht ausgeführt. Diese Tatsachen wird die B.-K. bestätigen können. Und noch eins. In der „B.“ wurde seitens der B.-K. wiederholt aufgefodert, Tarife an diese einzusenden. Wie dem Schreiben dieses aber bekannt ist, sind nur 5 oder 8 Zahlstellen dieser Aufforderung nachgekommen. Ein beschämendes Zeugnis, daß die Kartonnager die Einrichtungen, die ihnen ganz enorme Vorteile bringen könnten, so wenig beachten. Es sieht wohl zu erwarten, daß die B.-K. durch einen Delegierten den Verbandstag dringend darum gehen wird, die Zahlstellenverwaltungen und Branchenkommissionen zu veranlassen, den früheren und neuen Anregungen auch stattzugeben. Ein Mittel dazu dürfte sein, daß die B.-K. ihre scheinbare Selbstständigkeit ganz aufgibt und alle Anregungen und Wünsche dem Verbandsvorstand übermitteln und von da aus weitergehen läßt. Dadurch würde dann auf die Zahlstellen usw. ein gewisser Zwang ausgeübt und auch der Verbandsvorstand selbst würde einen besseren Einblick in die internen Branchenangelegenheiten gewinnen.

Kollege N. macht einen Vorschlag, der die eigentliche Aufgabe der B.-K. hintanzieht, indem er die Sammlung der verschiedenen Affordpreise für die Kartonnagen empfiehlt. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß der Wert dieser Arbeit nur ein sehr problematischer wäre. Die B.-K. hat in erster Linie die Aufgabe, an der Hand von Kartonnagern bei Berücksichtigung der Arbeitsmethoden die Affordpreise für dieselben festzustellen, um so dafür zu wirken, daß in den Kartonnagerorten, wo die Einführung von Affordtarifen möglich ist, solche auf Grund einheitlicher Preisbestimmungen durchgeführt werden. Durch Arbeiten in dieser Richtung wird es gelingen, den Dresdener Entwurf auszubauen, zu vervollständigen und auch für andere Orte geltend zu machen. Hierbei muß aber beachtet werden, daß dies nur für Seifen-, Parfüm-, Juwelier-, Zigaretten-, pharmazeutische Kartonnagen und Bonbonnieren Geltung haben kann, soweit diese nicht als Kaffon- oder ausgeprochene Luxuskartonnagen anzusehen sind. Für diese allgemein geltende Affordpreise festzulegen, ist vorläufig unmöglich, da schon die geringste Kenderung in der Arbeitsmethode eine ganz andere Preisberechnung verursachen kann. Das gleiche gilt auch für den größten Teil der Kartonnagen, die in der Hauptsache durch Maschinenarbeit hergestellt werden. Hier einheitliches zu schaffen, ist bei den verschiedenen Hilfsmaschinen und den diversen Arbeitsmethoden fast unmöglich.

Für die Maschinenarbeiten, die an den erstgenannten Kartonnagen berichtet werden können dürfte es gelingen, Einheitliches festzulegen, und diese sind ja auch die am meisten vorkommenden. Hier hat die Z.-St. die dankbare Aufgabe, für die erstgenannten Kartonnagen Akkordpreise für Tischarbeit nach einheitlichen Grundsätzen festzulegen. Eine Sammlung des ganzen Materials muß selbstverständlich nebenhergehen und zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

Eine weitere dankenswerte Aufgabe der Z.-St. wäre die, Vergleiche mit anderen schon bestehenden Akkordtarifen anzustellen. Erinnert sei hier nur an die Berliner Wertstufenakkordtarife, die im vorigen Gewerbe zur Einführung gelangt sind. Es ist bedauerlich, daß gerade über diese nichts in die Öffentlichkeit gedrungen ist, um so mehr, da die Berliner Delegierten auf der Konferenz fast die einzigen Gegner des Dresdener Entwurfs waren. Es ist ohne Zweifel, daß die wertstufenweise erfolgte Festlegung der Akkordpreise den Vorteil der leichteren Durchführbarkeit hat. Ob dadurch aber die so verschiedene Preisgestaltung einheitlicher geregelt ist, wie es beim Dresdener Entwurf der Fall ist, kann wohl bezweifelt werden. Wenn dies aber doch gelungen ist, dann bedeuten die Berliner Wertstufenakordtarife nicht mehr als ein Übergangsmittel zu den Dresdener Grundsätzen. Oder wie denken sich die Berliner Kartonnager den weiteren Ausbau ihrer Tarife? Aber all diese Fragen Klarheit zu schaffen, ist Aufgabe der Z.-St. Möglich ist dies derselben aber erst dann, wenn sie einer regen Mitarbeit anderer Städte sicher ist. Wenn es der Zentralkommission gelingt, nach den hier gegebenen Anregungen zu arbeiten, dann werden die Erfolge für die Kartonnagenbranche nicht ausbleiben, und die Konferenz hat dann ihren Zweck voll und ganz erfüllt. W. G. Br.

Korrespondenzen.

Gesperrt sind:

- Deutschland.
- Breslau (Firma W. Kragen u. Co.).
- Grünstadt (Firma Schäffer).
- Hagen i. W. (Firma Schlegel und v. d. Heyden).

Vor Arbeitsannahme nach nachverzeichneten Orten oder Betrieben ist besondere Erkundigung bei den örtlichen Bevollmächtigten notwendig:

- Minden (Buchbinder).
- Hannover (Linierer).
- Arnstadt (Buchbinder).
- Chemnitz (Buchbinder).
- Birstein (Firma Rosenberg; Aufsicht über die Gaubevollmächtigte in Frankfurt am Main).

Grünstadt. Nachdem sich die Firma Schäffer beharrlich weigert, ihrem Personal das Recht zuzugestehen, sich im Buchbinderverband organisieren zu können, ist der Betrieb für unsere Verbandsmitglieder gesperrt! Werde niemand zum Sperrbrecher. Sperrbruch ist Streikbruch!

Literarisches.

Das Handbuch für sozialdemokratische Landtagswähler, das Paul Girsch bearbeitet hat, ist in dritter Auflage erschienen. Die neue Auflage unter-

scheidet sich von den früheren schon äußerlich dadurch, daß der Stoff — einem praktischen Bedürfnis entsprechend — alphabetisch angeordnet ist. Aber auch der Inhalt des Buches, das erst im Januar dieses Jahres abgeschlossen, also bis in die jüngste Zeit fortgeführt ist, ist ein weit reichhaltigerer. In mehr als 150 Artikeln sind die verschiedenen Zweige der preussischen Gesetzgebung und Verwaltung je nach ihrer Bedeutung mehr oder weniger ausführlich behandelt. Am eingehendsten beschäftigt sich das Buch mit allen Fragen, die auf die Verfassung und das Wahlrecht Bezug haben, mit dem Schulwesen, dem Steuerwesen und den Arbeiterfragen. Aber auch die übrigen Zweige der Gesetzgebung und Verwaltung kommen voll zu ihrem Recht. Der Preis beträgt 5 M. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

„Geschichte der deutschen Steinerebewegung“. Verlag des Verbandes der Steinere, Berlin NW. 21, Wicelstr. 17.

In dem vorliegenden Bande ist die Geschichte der Berliner Steineregesellschaft (1732—1893) behandelt. Das Buch schildert die vollständige Lebensgeschichte einer Jungesellenorganisation von der Stunde ihrer Geburt bis zu ihrem Aufgehen in die moderne Gewerkschaftsbewegung. Es ist der zweite Band der auf insgesamt drei Bände berechneten Geschichte der deutschen Steinerebewegung. Der erste und dritte Band sollen in Jahresfrist nachfolgen.

Adressenänderungen.

Vertliche Bevollmächtigte.

Tilsit. Hr. Barkowitsch, Aufschwanden 5. Tilsit. Unterführungs-Anzahler.

Altenburg S.-M. Hr. Born, Thorgasse 7 part. Lübeck. Hr. Niemöller, Pedergrube 1311, von 2—2½ und 7½—8 Uhr.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Hilsk.) Sitz Leipzig.

Hauptversammlung

mit der Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht
2. Verschiedenes

findet statt in

Hannover, Freitag, den 18. April, abends 7/9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Unsern lieben Kollegen Heinrich Wolf zu seiner Abreise nach Amerika ein herzlichstes Lebenswohl und ferneres Wohlergehen.

Zahlstelle Detmold.

Unsern wertigen Kassierer, Kollegen Robert Nagel und seiner lieben Frau zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

Die Mitglieder der Zahlstelle Glogau.

Allen Kollegen und Kolleginnen, die mich zu meinem 50jährigen Geseleensjubiläum beglückwünschten, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.

Ludwig Volker, Berlin.

Unsern beiden Kollegen Otto Grieser und Albert Wiedmayer zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Saarbrücken.

Unsern Kollegen Otto Brange und seiner lieben Braut Emma Luhn zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen u. Kolleginnen v. Ja. Samuel Lufas, Oberfeld-Barmen.

Samstag, den 5. April, verstarb unerwartet unser alter, treuer Verbandskollege

Wilhelm Neuber sen.

im Alter von 68 Jahren. Wir verlieren in ihm einen braven Mitkämpfer, der sich um die Organisation unseres Verbandes, insbesondere um die hiesige Zahlstelle, unschätzbare Verdienste erworben hat.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Hanau a. M.

Zahlstelle Berlin.

Dienstag, den 15. April, abends 8 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelauer 15:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Beratung der Anträge der Zahlstelle Berlin zum Verbandstag in Stuttgart.
2. Beschlussfassung über das Bezirkskassierersystem.
3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zu dieser wichtigen Versammlung erwartet zahlreichen Besuch
Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Buchbinder und verw. Gewerbe zu Berlin.

Zum 1. Mai ist die Stelle eines

Bureaubeamten

zu besetzen. Bewerber hierfür, nur Kassennmitglieder nicht über 45 Jahre alt, wollen Offerten bis zum 19. April an das Bureau der Kasse, Engelauer 15 II, einreichen.

H. Gottschmann, Vorsitzender.
F. Kees, Schriftführer.

Buchbinderei

gute Existenz, (ev. Maschinen auch einzeln) wegen Landhausübernahme (Erbchaft) zu verkaufen.

W. Schütze, Berlin N. 4, Bergstr. 19.

Statische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse

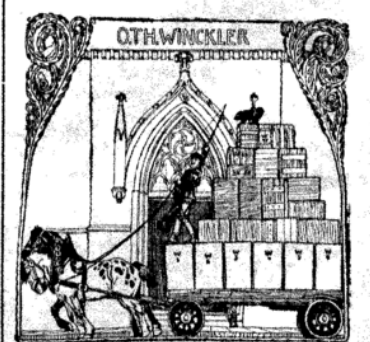
in Buchbindereien, Kontobuchfabriken, Linieranstalten, Album-, Etuis-, Kartonnagen-, Galanterie- und Lederwaren-, Porzellan- und Papierwarenfabriken und ähnlichen Betrieben in Deutschland

Aufgenommen im November 1910

Mit einer Einleitung über die Ausbreitung der Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation nach der amtlichen Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907

Preis für Mitglieder 1,30 M., für Nichtmitglieder 6,30 M.

Der Versand erfolgt nur nach Vereinbarung des Betrages. Geldsendungen sind nur an E. Hanfken, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I, zu richten.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig